

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

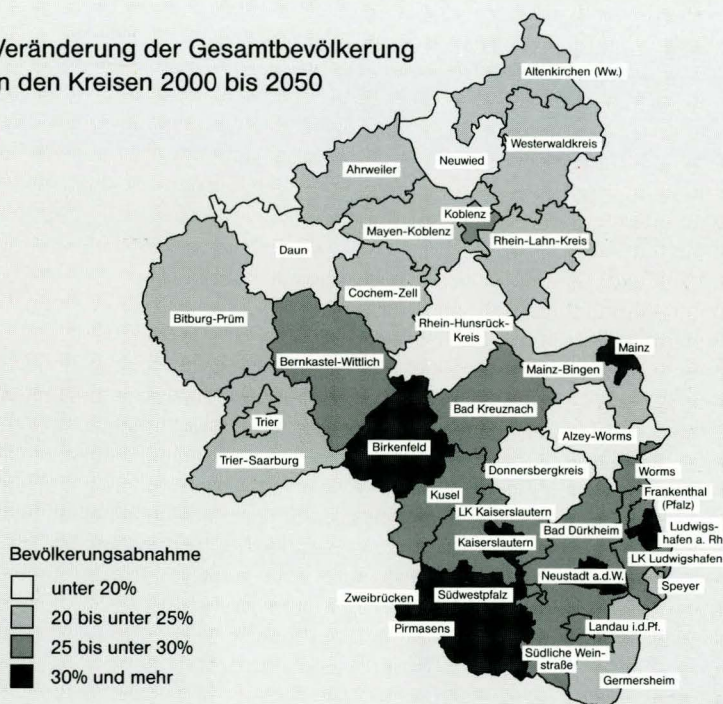
September

Oktober

November

Dezember

Veränderung der Gesamtbevölkerung
in den Kreisen 2000 bis 2050



Inhalt

Demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz

- 1 Nach den Kernaussagen einer kürzlich fertiggestellten Studie des Statistischen Landesamtes würden nach Modellrechnungen im Jahr 2050 in Rheinland-Pfalz voraussichtlich 1 Mill. weniger Menschen leben. Die Bevölkerung bestünde aus sehr viel weniger jungen und wesentlich mehr älteren Menschen. 40 von heute 100 Kindergartenplätzen blieben in einem halben Jahrhundert leer. Die Gesellschaft würde ein Drittel weniger Erwerbsfähige aufweisen. Dabei würden sich die Strukturen in den Kreisen und in den Städten aller Voraussicht nach sehr unterschiedlich entwickeln.

Datenerhebung in der Schulstatistik @SchuLE.rlp – ein Pilotprojekt mit Java- und XML-Technologien

- 12 Der Pilotversuch zur Datenerhebung mit dem Ziel, Schuldaten in einem einheitlichen, plausiblen Datenformat zu erhalten, wurde mit Beginn des Schuljahres 2002/2003 begonnen. Der Beitrag gibt Einblick in technische Aspekte der Entwicklungsarbeit.

Eigentumswohnungen

- 18 Durch das Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht wurde im Jahr 1951 die Form der Eigentumswohnung geschaffen. Diese Art des Wohnbesitzes war und ist in Rheinland-Pfalz seltener als in manch anderen Bundesländern zu finden. Zurückzuführen ist diese Tatsache auf den hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern im Land.

Kurzbeiträge

- 24 Streuung betrieblicher Durchschnittsverdienste – Eine Untersuchung auf Grundlage der laufenden Verdiensterhebung –

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
10* Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
12* Neuerscheinungen im Dezember

Ab der vorliegenden Ausgabe 1/2003 der Statistischen Monatshefte erscheint anstelle der bislang im Anhang veröffentlichten Seiten „Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland“ ein Überblick an ausgewählten Konjunkturdaten für Deutschland und Rheinland-Pfalz. Dieser Überblick enthält auch den aktuellen Preisindex der Lebenshaltung für Deutschland. Die bisherige Veröffentlichung unter kurz + aktuell entfällt. Hier finden sich künftig ausführlichere Informationen zur Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz.

Neue Veröffentlichung zur demographischen Entwicklung

Rheinland-Pfalz 2050

Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen

I. Bevölkerungsentwicklung und -struktur



Rheinland-Pfalz 2050

Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen



I. Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

In der über 300 Seiten umfassenden Studie werden die demographischen Folgen verschiedener Zukunftsszenarien beschrieben. Es werden zehn Basisvarianten für die demographische Entwicklung berechnet - eine „Ausgangsvariante“ und neun Alternativen. Zu den Parametern Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo wurden Annahmen getroffen, auf deren Basis die Entwicklung der Bevölkerungszahl und der Altersaufbau bis zum Jahr 2050 errechnet werden. Die Modellrechnungen sind dabei bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte regionalisiert.

Der Ausgangsvariante liegen folgende Annahmen zugrunde: (1) Die Geburtenrate bleibt mit 1,4 Kindern je Frau konstant, (2) die Lebenserwartung nimmt um etwa zwei Jahre zu, (3) entsprechend der Annäherung von Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze in den zurückliegenden Jahren und des europäischen Bevölkerungsrückgangs sinkt der Wanderungsüberschuss kontinuierlich bis 2016 auf null; danach wird ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt.

Die weiteren neun Basisvarianten gehen von alternativen Annahmen aus. Bei der Geburtenrate reicht die Bandbreite der Annahmen von 1,2 bis 2,1 Kinder je Frau. Hinsichtlich der Lebensdauer sind Modellrechnungen mit einer unveränderten Lebenserwartung und einer Zunahme der Lebenserwartung um vier bzw. sechs Jahre durchgeführt worden. Die Auswirkungen der Wanderungen auf Bevölkerungszahl und -struktur sind alternativ anhand langfristig positiver (+ 5 000, +10 000) bzw. negativer Verläufe (-5 000) des Wanderungssaldos dargestellt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

In Mainz gibt es die meisten Eigentumswohnungen

Neben dem Bau oder Erwerb von Wohngebäuden sind Eigentumswohnungen eine andere Form der Vermögensbildung. Diese seit dem Jahr 1951 mögliche Variante fand anfangs relativ geringen Zuspruch. Im Jahr 1968 wurden auf Landesebene 12 000 Wohnungen dieser Art gezählt, 20 Jahre später waren es 68 000 und Ende 2001 rund 133 000. Heute sind in sechs von zehn Gemeinden Eigentumswohnungen vorhanden. Die beim Zensus 1987 ermittelte Verteilung der Eigentumswohnungen belief sich auf 54% in den kreisfreien Städten und 46% in den Landkreisen. Durch die starke Bautätigkeit zu Anfang und Mitte der 90er Jahre entstanden in den Landkreisen viele Mehrfamilienhäuser und damit auch Eigentumswohnungen. Die Relation zwischen Städten und Kreisen hat sich bis zum Jahr 2001 genau umgekehrt.

Die meisten Eigentumswohnungen gibt es in Rheinhessen und der Pfalz. An der Spitze der Verwaltungsbezirke steht die Stadt Mainz mit rund 13 700 Einheiten

vor der Stadt Ludwigshafen (8 800) und dem Kreis Mainz-Bingen (8 500). Am Ende der Skala liegen der Landkreis Cochem-Zell und die Stadt Zweibrücken mit etwas weniger als 500 Wohnungen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 18.

Deutlicher Rückgang bei Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

Die Konsumzurückhaltung trifft offenbar auch die Kraftfahrzeugbranche. Von Januar bis November 2002 wurden rund 177 800 neue Fahrzeuge zugelassen, 6,5% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Sogar um 13,4% niedriger als im Vorjahr liegt die Zahl der Neuzulassungen von Lastkraftwagen; bei Zugmaschinen gab es einen Rückgang von 6%. 154 3000 neue Pkw wurden in den ersten elf Monaten zugelassen, das waren 5,9% weniger als vor einem Jahr. Rund 10 500 neue Krafträder bedeuten einen Rückgang von gut 8,5%.

kurz + aktuell

Bei den Besitzumschreibungen, die Rückschlüsse auf den Absatz von Gebrauchtwagen zulassen, fiel der Rückgang mit 5,1% moderater aus. Rund 338 552 Pkw wurden umgeschrieben, rund 18 000 oder 5,1% weniger als vor einem Jahr. Bei den Lastkraftwagen gab es einen Rückgang um 6,8%, bei den Krafträdern um 4%.

Das Minus bei den Neuzulassungen liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3,8%, während die Besitzumschreibungen mit -5,8% in ganz Deutschland stärker zurückgegangen sind als in Rheinland-Pfalz.

Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen

Fahrzeugart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar-September		Veränderung	Januar-September		Veränderung
	2001	2002		2001	2002	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Rheinland-Pfalz						
Kraftfahrzeuge	190 173	177 768	-6,5	407 326	386 591	-5,1
darunter						
Krafträder	11 475	10 499	-8,5	25 053	24 053	-4,0
Pkw	163 978	154 336	-5,9	356 610	338 552	-5,1
Lastkraftwagen	10 236	8 869	-13,4	14 221	13 252	-6,8
Zugmaschinen	2 264	2 128	-6,0	5 719	5 806	1,5
Deutschland						
Kraftfahrzeuge	3 638 273	3 501 134	-3,8	7 657 977	7 216 314	-5,8
darunter						
Krafträder	224 275	204 506	-8,8	433 763	421 388	-2,9
Pkw	3 109 544	3 024 402	-2,7	6 740 411	6 347 280	-5,8
Lastkraftwagen	211 088	190 092	-9,9	293 624	273 828	-6,7
Zugmaschinen	47 123	46 013	-2,4	87 683	85 094	-3,0

Industrie investierte im Jahr 2001 mehr als 2,5 Mrd. Euro

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden investierten im Jahr 2001 mehr als 2,5 Mrd. Euro in Maschinen, Anlagen, Grundstücke und Bauten. Das Investitionsvolumen lag damit um 2,3% (-60 Mill. Euro) unter dem Vorjahresergebnis.

12% weniger als im Jahr 2000 hat die chemische Industrie investiert. Sie bleibt mit Ausgaben im Gesamtwert von 768 Mill. Euro aber wichtigster Investor, gefolgt vom Fahrzeugbau mit 283 Mill. Euro. In diesem Wirtschaftszweig haben die Investitionen um gut 39% zugelegt. Auf Position drei folgte mit Investitionen in Höhe von 282 Mill. Euro (+1,2%) der Wirtschaftszweig Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. Diese drei Branchen tätigten mit insgesamt 1,3 Mrd. Euro nahezu 53% aller Investitionen im verarbeitenden Gewerbe.

Pro Beschäftigten wurden knapp 8 400 Euro investiert. Auch hier lag die chemische Industrie mit rund 12 600 Euro mit an der Spitze; lediglich der Wirt-

schaftszweig Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden investierte mehr. Im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung wurden knapp 11 600 Euro je Beschäftigten für Investitionen ausgegeben, im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe 10 000.

So viel Rotwein gab es noch nie

Der Herbst 2002 bescherte den Winzern in Rheinland-Pfalz eine Rekordernte an Trauben für Rotweine. Den endgültigen Ertragsschätzungen der Weinbauberichter des Statistischen Landesamtes zufolge konnten fast 1,9 Mill. hl aus roten Rebsorten gekeltert werden, das waren fast 30% mehr als im Vorjahr. Zusammen mit dem nach wie vor dominierenden Weißmost (5,3 Mill. hl, +18,6%) ergibt sich eine Gesamternte an Weinmost von 7,2 Mill. hl. Diese deutliche Zunahme der Erntemenge gegenüber den ersten Schätzungen im Sommer ist auf die für die Rebenentwicklung günstige Witterung im Herbst zurückzuführen. In den letzten zehn Jahren wurde nur einmal, und zwar 1999, mit 8 Mill. hl mehr gelesen.

Auch die Qualität des Lesegutes konnte 2002 erneut zufrieden stellen. Besonders die Mostgewichte der weißen Rebsorten (Landesdurchschnitt 79 Grad Öchsle) deuten auf ein hohes Qualitätsniveau hin: Fast 70% der Weißmoste haben die Voraussetzungen, zu einem Qualitätswein mit Prädikat ausgebaut zu werden. Bei Mosten aus roten Rebsorten hingegen liegt der Anteil mit 26% deutlich niedriger. Dies zeigt sich auch beim Vergleich der beiden Leitsorten Riesling und Dornfelder. Während Rieslingmoste überwiegend (83%) im Prädikatsweinebereich angesiedelt sind, eignen sich nur 15% der 2002er Dornfelderpartien dafür.

Zahl der Verkehrstoten bis November höher als im gesamten Jahr 2001

Bei Straßenverkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz sind bis Ende November mehr Menschen getötet worden als im gesamten Jahr 2001. Von Januar bis November sind 328 Menschen ums Leben gekommen, im ganzen Jahr 2001 waren es 316. Bis Ende November waren im vergangenen Jahr 295 Verkehrstote zu beklagen.

Rund 113 400 Karambolagen registrierten die Polizeidienststellen, 2 000 weniger als von Januar bis November vorigen Jahres. 4 600 Unfallbeteiligte wurden schwer verletzt, 150 weniger als in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres; die Zahl der Leichtverletzten lag mit 18 200 etwa so hoch wie im vorigen Jahr.

Bei 10 900 Verkehrsunfällen wurden im November 31 Menschen getötet, 339 erlitten schwere, 1 531 leichte Verletzungen.

Demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz

Die amtliche Statistik ist kein Selbstzweck. Vielmehr stellt sie Informationen zur Verfügung, die es der Politik ermöglichen, verantwortliche Aussagen für uns, für unsere Kinder und Kindeskiner zu formulieren und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund hat das Statistische Landesamt in einer Studie mit dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen“ verschiedene Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung und -struktur in den nächsten Jahrzehnten veröffentlicht. Diesen ersten Teil eines Werkes, dem zwei weitere Bände folgen sollen, haben Innenminister Walter Zuber und der Präsident des Statistischen Landesamtes, Klaus Maxeiner, kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Folgebände werden sich mit den unmittelbaren Auswirkungen der demographischen Entwicklung, auch auf regionaler Ebene, (Band II) und den mittelbaren Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft (Band III) beschäftigen.

Zu den Parametern Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderungssaldo werden in der Studie Annahmen getroffen, auf deren Basis die Entwicklung der Bevölkerungszahl und der Altersaufbau bis zum Jahr 2050 errechnet werden. Die Modellrechnungen sind dabei bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte heruntergebrochen. Rheinland-Pfalz legt damit als erstes Bundesland ein regionalisiertes System mit zehn Basisvarianten für die demographische Entwicklung seiner Bevölkerung vor.

Methode

Die Modellrechnungen der Studie zeigen, wie sich die Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen zu den Einflussgrößen, Geburten, Sterbefälle und Wanderungen entwickelt. Insgesamt werden in der Studie zehn verschiedene Basisvarianten aufgezeigt.

Der ersten so genannten „Ausgangsvariante“ liegen folgende, wenig spektakuläre Annahmen zugrunde:

- Die Geburtenrate bleibt mit 1,4 Kindern je Frau konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt um etwa zwei Jahre zu.
- Entsprechend der Annäherung von Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze in den zurückliegenden Jahren und dem europaweiten Bevölkerungsrückgang sinkt der Wanderungsüberschuss kontinuierlich bis 2016 auf null. Danach wird ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt.

Die weiteren neun Basisvarianten gehen von alternativen Annahmen aus. Bei den Alternativen zur Geburtenrate reicht die Bandbreite der Annahmen von 1,2 bis 2,1 Kinder je Frau. Hinsichtlich der Lebensdauer wurden Modellrechnungen mit einer unveränderten Lebenserwartung und einer Zunahme der Lebenserwartung um vier bzw. sechs Jahre durchgeführt. Die Auswirkungen der Wanderungen auf Bevölkerungszahl und -struktur werden alternativ anhand langfristig positiver (+5 000, +10 000) bzw. negativer Verläufe (–5 000) des Wanderungssaldos dargestellt.

Ziel der Untersuchung ist es zu zeigen, welche Entwicklungen sich unter diesen zehn verschiedenen Annahmenbündeln ergeben.

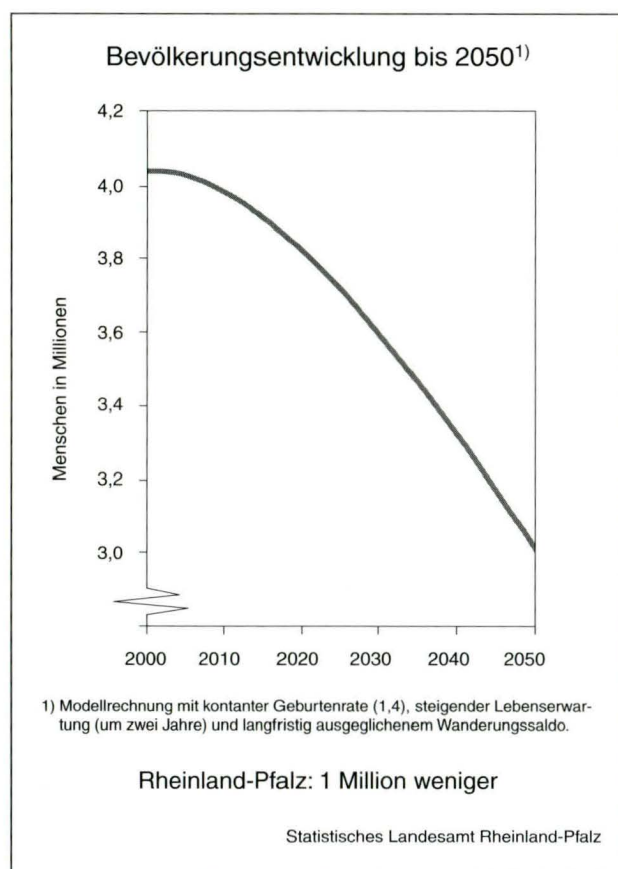
Die Ergebnisse der Untersuchungen sind grundsätzlich nicht als „Prognosen“ zu verstehen, sondern als „Modellrechnungen“ angelegt, die bestimmte Szenarien, so genannte „Wenn-Dann-Aussagen“ (bei alternativen Annahmen) enthalten. Beispiel: Wenn die Geburtenrate in den nächsten Jahrzehnten konstant bleibt, dann wird sich die Zahl der Kindergartenkinder in der einen oder anderen Stadt fast halbieren (so z. B. in: Neustadt, Trier, Landau).

Natürlich gibt es eine Vielzahl weiterer Variations- und Kombinationsmöglichkeiten bei der Festlegung der Annahmen.

Um zu allen denkbaren weiteren Varianten Bevölkerungsszenarien ermitteln zu können, wird das Statistische Landesamt eine so genannte „Wenn-Dann-Maschine“ entwickeln, die bei unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Ansätzen, durch entsprechendes Einrichten der „Stellschrauben“ Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo, die jeweilige Bevölkerungsentwicklung aufzeigt.

Bevölkerungsentwicklung

Projektionen der Vereinten Nationen zeigen, dass die Weltbevölkerung in den nächsten 50 Jahren kontinuierlich weiter anwachsen wird. Die Weltbevölkerung liegt heute bei über 6 Mrd. Menschen. Bei Konstanz der heutigen Fruchtbarkeitsziffern würde sie sich in den nächsten 50 Jahren erneut mehr als verdoppeln (auf 13 Mrd. ansteigen). Selbst bei unterstellten Rückgängen der Geburtenrate ist eine Weltbevölkerung von 9 bis 10 Mrd. zu erwarten. Wie weltweit, so war auch in den letzten



200 Jahren im Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz ein permanenter Anstieg der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen. Im Landesgebiet Rheinland-Pfalz von 1,2 Mill. um 1800 auf über 4 Mill. heute (1900: 2,4 Mill., 1950: 3 Mill.).

Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes für Deutschland zeigen, dass in den Folgejahren selbst unter rundum optimistischen Annahmen eine permanente Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen sein wird.

Legt man der Modellrechnung für Rheinland-Pfalz zunächst die Annahmen der beschriebenen Ausgangsvariante zugrunde zeigt sich, dass die Bevölkerung von derzeit über 4 Mill. auf 3 Mill. bis 2050 c. p. schrumpfen würde.

Unter den Annahmen der Ausgangsvariante würden die kreisfreien Städte und Landkreise zwischen der geringsten Abnahme im Landkreis Alzey-Worms (-15%) und der größten Abnahme in Pirmasens (-42%) schwanken (Durchschnitt -25%).

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

Die Darstellung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht als Balkendiagramm führte in der Vergangenheit zu dem klassischen Bild der Bevölkerungspyramide, wie sie für das Jahr 1900 übertragen auf das heutige Landesgebiet abgebildet ist. Diese Bevölkerungspyramide wurde dann aber bis zum Jahr 2000 zu einem Baum. Hier wird der Geburtenausfall der Weltkriege, der Babyboom mit aufkommendem Wirtschaftswunder, schließlich der Pillenknick überdeutlich und

damit auch die Anzahl der potenziellen Mütter erkennbar. Dieser Baum schrumpft schon sehr deutlich, wenn man nur 50 Jahre weiter geht. Ein extremes Bild ergäbe sich in 100 Jahren.

Jede Geburtenrate unter zwei führt langfristig zu einer aussterbenden Bevölkerung. Die Geburtenrate in Rheinland-Pfalz liegt bei 1,4.

Wanderungen/Wanderungssaldo

Wegen des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs in Deutschland und in Europa wurde in der Ausgangsvariante der Modellrechnungen für Rheinland-Pfalz langfristig erst einmal eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt. Bei den weiteren Basisvarianten sind dann positive und negative Wanderungssalden berücksichtigt.

Die in Diskussion stehende Einwanderungspolitik lädt zum Mitdenken ein und zur Entwicklung verschiedener Wanderungsmodelle. Jedes Land, jede Kommune kann daher ihre Wanderungserwartungen und Integrationskraft einbringen. (Derzeitiger Ausländeranteil: Koblenz knapp 10%, Mainz fast 20%, Frankfurt beinahe jeder Vierte). Daneben wird jedes Bundesland, jede Stadt die eigenen Intentionen und Erwartungen zu „Binnenwanderungsgewinnen“ in die Waagschale werfen. Die Modellrechnung in der Ausgangsvariante verhält sich hier neutral mit der Annahme, dass sich Binnenwanderungsgewinne und -verluste die Waage halten.

Altersgruppen im Land sowie in kreisfreien Städten und Landkreisen

Wenn man einen Blick auf die Veränderungen der wichtigsten Altersgruppen in den Jahren 2000 bis 2050 wirft, dann zeigt sich ein bedeutender Unterschied zwischen der Entwicklung der über 60-Jährigen, deren Anzahl bis zum Jahr 2030 permanent ansteigt („Altenberg-Gipfel“; von da an geht allerdings c. p. auch deren Anzahl zurück) und den jüngeren Bevölkerungsgruppen, also den 20- bis 60-Jährigen und den unter 20-Jährigen, die schon ab dem Jahr 2000 einen stetigen Bevölkerungsrückgang verzeichnen. Mit anderen Worten, immer weniger Erwerbsfähige müssen immer mehr Nichterwerbstätige ernähren. Das wird sehr deutlich, wenn man die über 60-Jährigen auf jeweils 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren bezieht. Dieser so genannte „Altenquotient“ liegt heute bei etwa 45 und wird sich bis zum Jahr 2050 (mit einem Wert von ca. 70) um 60% erhöhen (siehe Abbildungen auf Seite 5).

Alle Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung betreffen die Kommunen stets unmittelbar und zuallererst. Der Bund oder das Land hat ja keine eigenen Bürger außer jenen, die in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Bad Ems wohnen.

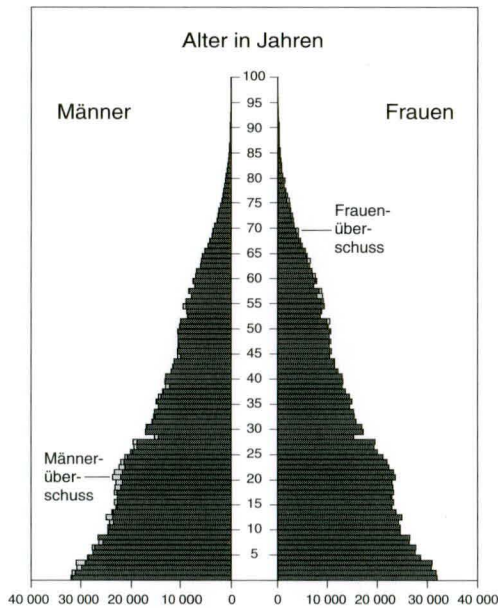
Die Frage ist nicht, ob es im Land insgesamt zuviel oder zuwenig Kindergartenplätze, zuviel oder zuwenig Schulen, zuviel Wohnungen, zuwenig Altenheime usw. gibt, sondern wie sich die jeweilige Bedarfslage konkret in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Bad Ems entwickelt.

Entwicklung der Bevölkerung in den Kreisen
Veränderung der Gesamtbevölkerung 2000 bis 2050¹⁾

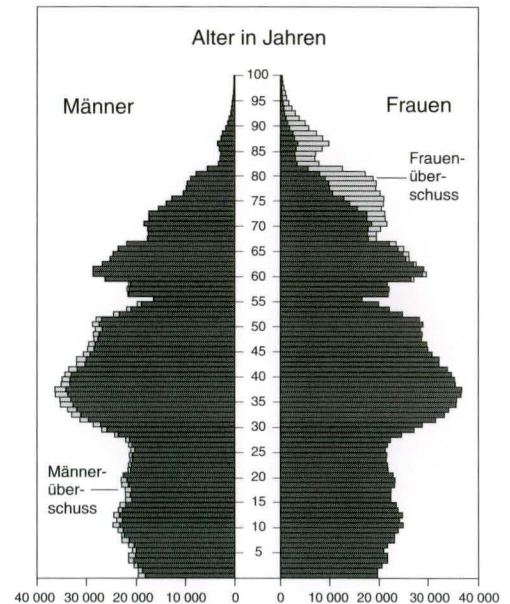


1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

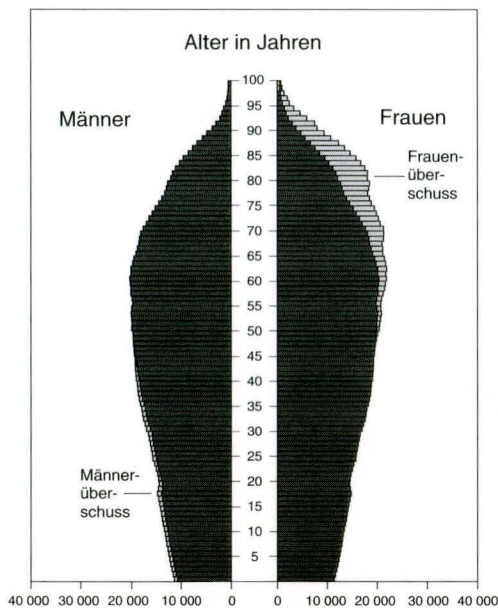
Bevölkerung in Rheinland-Pfalz 1900-2100 nach Alter und Geschlecht



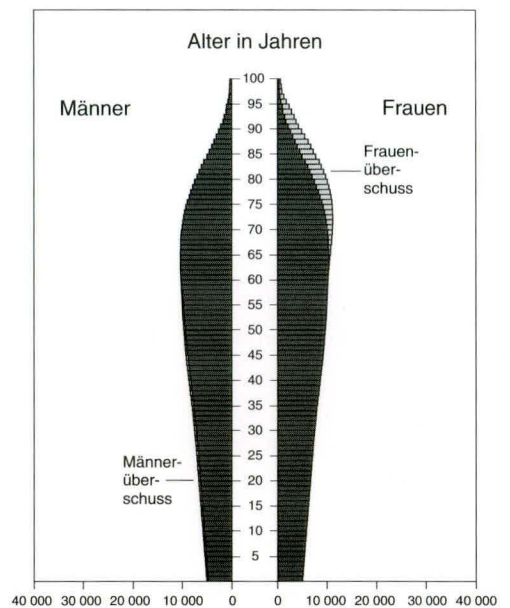
1900: 2,3 Millionen¹⁾
Viele Jüngere – Wenig Ältere



2000: 4 Millionen
„Pillenknick“ ab 1965 – Alternde Bevölkerung
(Frauenüberschuss)



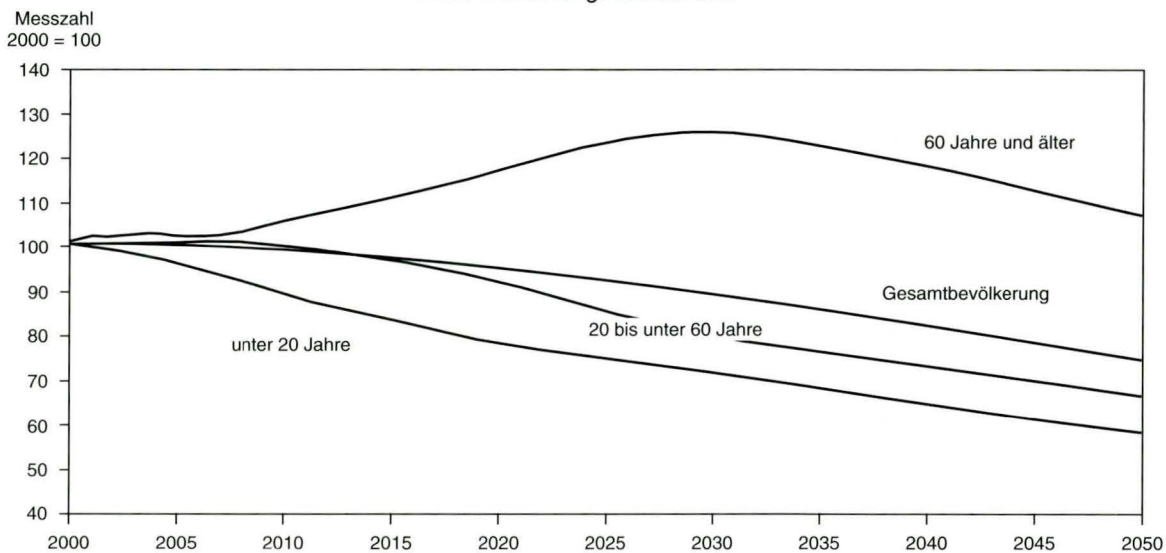
2050: 3 Millionen²⁾
Weniger Junge – Viele Ältere



2100: 1,4 Millionen²⁾
Wenig Junge – Wenig Ältere

1) Im heutigen Landesgebiet. – 2) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Modellrechnung der Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz 2000-2050 nach Altersgruppen¹⁾ Ohne Wanderungsüberschuss²⁾

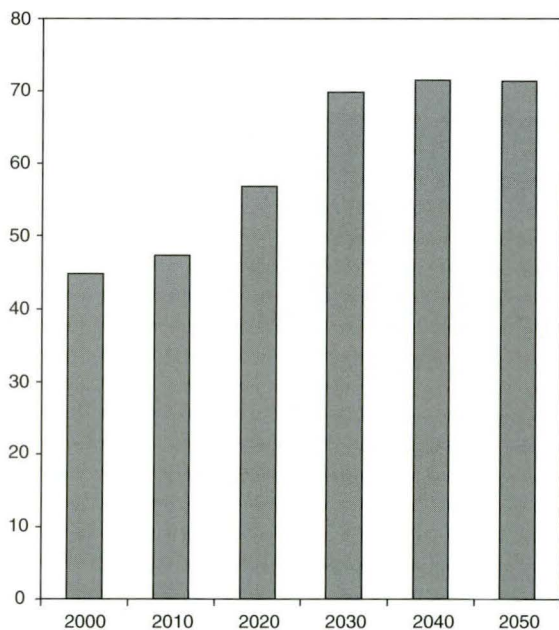


1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo. – 2) Ab 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Altersgruppen im Land

Über 60-Jährige je 100 Erwerbsfähige zwischen
20 und 60 Jahren¹⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Auf 100 Erwerbsfähige zwischen 20 und 60 Jahren kommen
– im Jahr 2000: 45
– im Jahr 2050: 71
ältere Menschen über 60 Jahre (Zunahme: 60%)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Für die Statistiker ist die Konsequenz daraus, dass vertieft an „regionalisierten“ Analysen gearbeitet wird mit dem Ziel, die Auswirkungen auf die kommunale Ebene aufzuzeigen.

Nachstehend werden die wichtigen Altersgruppen kurz beleuchtet:

1. Kindergartenkinder

Die Kindergartenbevölkerung trifft es logischerweise am ersten. Sie wird sich im Laufe der nächsten 50 Jahre c. p. in manchen Städten und Kreisen halbieren, im Durchschnitt um 43% abnehmen. Also, unter den in der Ausgangsvariante gesetzten Annahmen – einer etwa gleich bleibenden Fruchtbarkeitsziffer und einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz –, würden dann anstelle der jetzt vorhandenen 125 000 Kindergartenkinder nur noch 72 000 einen Kindergartenplatz benötigen. In Neustadt z. B. statt 1 800 nur noch 900 oder statt 26 Kindergärten wären nur noch 13 in dieser Stadt erforderlich, wobei die politischen Fragen, welche Kindergärten geschlossen werden und/oder welche halb leer stehen, wie man mit den Fixkosten bzw. den Mobilitätsproblemen umgeht, dann jene Herausforderungen sind, die sich als wahrhaftig keine einfache Aufgabe den Kommunen stellen.

Unter den kreisfreien Städten und den Landkreisen gibt es beachtliche Unterschiede, von der größten Abnahme im Landkreis Südwestpfalz (–52%) bis zur geringsten Abnahme im Landkreis Neuwied (–34%); aber selbst hier wäre jeder dritte Kindergartenplatz frei!

2. Grundschüler

Die gleiche Problematik tritt mit einer kleinen zeitlichen Verzögerung bei den Grundschulern ein, wobei auch hier die Gesamtzahl von derzeit 180 000 auf

Entwicklung der Kindergartenkinder in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Kinder im Kindergartenalter (3 bis 6 Jahre)
2000 bis 2050¹⁾



Größte Abnahme: Landkreis Südwestpfalz (– 52%)
 Geringste Abnahme: Landkreis Neuwied (– 34%)
 Landesdurchschnitt: – 43%

1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

100 000 sinkt. Um es zu übersetzen, was die Schulen anbetrifft, so gibt es derzeit 1 000 Grundschulen im Land, dann c. p. – gleiche Klassenstärke mit 22 Schülern unterstellt – wären nur noch 550 Grundschulen nötig.

3. Erwerbsfähige

Die Zahl derjenigen, die sich überwiegend am Erwerbsleben beteiligen und beteiligen können – dies sind gegenwärtig die 20- bis 60-Jährigen – wird sich in ca. zehn Jahren verstärkt und permanent nach unten bewegen; 2050 wird sie ein Drittel unter den derzeitigen Werten liegen. Geht man von den derzeit zur Erstellung des Bruttoinlandsprodukts erforderlichen Arbeitsplätzen (1,8 Mill.) aus, dann würde sich – ceteris paribus – ein Arbeitskräftemangel dem Grunde nach abzeichnen. Die dies betreffend schwierige Analyse muss natürlich differenziert vorgenommen werden; sie muss Annahmen setzen bezüglich der Produktivität, bezüglich der erwarteten Exportchancen sowie insbesondere bezüglich der abnehmenden Inlandsnachfrage und des geänderten Konsumverhaltens, z. B. der anderen Bedarfe älterer Menschen. Ein weites Feld.

Die regionalen Unterschiede der Einbußen des Arbeitspotentials liegen zwischen 44% (Stadt Pirmasens) und 24% (Landkreis Daun).

4. Ältere Menschen

Die Zahl älterer Menschen, die grundsätzlich für eine Betreuung, beispielsweise in Pflegeheimen, in Frage kommt, sei hier mit jenen, die über 75 Jahre alt sind, charakterisiert. Zu dieser Altersgruppe gehören heute

rund 300 000 Bürgerinnen und Bürger, abhängig von den gesetzten Annahmen ist ein Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe bis zum Jahr 2050 um fast 50% zu erwarten.

Die regionale Schwankungsbreite wird bei den älteren Menschen am auffälligsten. Während sich ihre Zahl im Landkreis Germersheim mehr als verdoppelt, erwartet Zweibrücken nur eine Zunahme um knapp 10%, in dessen Pirmasens sogar mit einer Abnahme um über 10% rechnen kann.

Dies gilt – wie die vorstehend beschriebenen Entwicklungen – stets unter den in der Ausgangsvariante gesetzten Annahmen (Geburtenrate 1,4/Lebenserwartung +2 Jahre/Wanderungssaldo ausgeglichen), also ohne Berücksichtigung von politischen Aktivitäten mit erfolgreichem „Drehen“ an diesen drei entscheidenden „Stellschrauben“.

Basisvarianten auf einen Blick

Abhängig von den in der nachstehenden Übersicht zusammengestellten Annahmen zu Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo werden sich unterschiedliche Bevölkerungsszenarien ergeben. Eine Bevölkerungsabnahme zwischen 3 und 30%, ein Erwerbsfähigen-Minus zwischen 14 und 40%, eine Alterszunahme zwischen 30 und 90%.

Die politische Bewertung, in welchem Maße es gelingen kann, die so genannten „Stellschrauben“ zu beeinflussen bzw. dazu, ob man diese überhaupt verändern sollte, wird sicher kontrovers diskutiert werden.

Basisvarianten der Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

Modellvarianten	Bevölkerung ¹⁾		Kindergartenkinder ²⁾		Erwerbstätige (20 bis 60 Jahre) ³⁾		Ältere (über 75 Jahre) ⁴⁾	
	Veränderung bis 2050							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ausgangsvariante Konstante Geburtenrate (1,4) Steigende Lebenserwartung (um 2 Jahre) Ausgeglichener Wanderungssaldo (ab 2016)	- 1 018 000	- 25	- 53 000	- 43	- 722 000	- 33	+ 143 000	+ 46
Basisvarianten zur Geburtenrate⁵⁾								
Geburtenrate 1,2 ab 2004	- 1 237 000	- 31	- 68 000	- 54	- 833 000	- 38	+ 139 000	+ 45
Geburtenrate 1,8 ab 2004	- 535 000	- 13	- 17 000	- 14	- 490 000	- 22	+ 149 000	+ 49
Geburtenrate 2,1 ab 2004	- 133 000	- 3	+ 15 000	+ 12	- 305 000	- 14	+ 155 000	+ 50
Basisvarianten zur Lebenserwartung⁵⁾								
Lebenserwartung konstant	- 1 086 000	- 27	- 53 000	- 43	- 726 000	- 33	+ 92 000	+ 30
Lebenserwartung plus 4 Jahre	- 938 000	- 23	- 53 000	- 43	- 718 000	- 33	+ 205 000	+ 67
Lebenserwartung plus 6 Jahre	- 839 000	- 21	- 53 000	- 43	- 713 000	- 33	+ 286 000	+ 93
Basisvarianten zum Wanderungssaldo⁵⁾								
Wanderungssaldo plus 5 000	- 801 000	- 20	- 47 000	- 37	- 587 000	- 27	+ 151 000	+ 49
Wanderungssaldo plus 10 000	- 534 000	- 13	- 39 000	- 31	- 426 000	- 20	+ 164 000	+ 53
Wanderungssaldo minus 5 000	- 1 251 000	- 31	- 61 000	- 48	- 867 000	- 40	+ 134 000	+ 44

1) Bevölkerung 2000: 4 034 557. – 2) Kindergartenkinder 2000: 125 216. – 3) Erwerbsfähige 2000: 2 179 950. – 4) Ältere 2000: 306 655. – 5) Im Übrigen wie Ausgangsvariante.

Maximum: Bevölkerungsabnahme über 30% – Kindergartenkinder-Abnahme über 50%
Minimum: Bevölkerungsabnahme 3% – Kindergartenkinder-Zunahme 12%
Maximum: Erwerbsfähigen-Abnahme 40% – Altenzunahme über 90%
Minimum: Erwerbsfähigen-Abnahme 14% – Altenzunahme 30%

Entwicklung der Erwerbsfähigen in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 60 Jahren
2000 bis 2050¹⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Entwicklung der Älteren in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Älteren (75 Jahre und älter)
2000 bis 2050¹⁾



Größte Zunahme: Landkreis Germersheim (+108%)
 Geringste Zunahme: Stadt Zweibrücken (+9%)
 Abnahme: Stadt Pirmasens (-13%)
 Landesdurchschnitt: +46%

1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Kernaussagen der Studie unter Aspekten der Landes- und Regionalplanung¹⁾

Nach den Kernaussagen der Veröffentlichung werden im Jahr 2050 in Rheinland-Pfalz voraussichtlich 1 Mill. weniger Menschen leben, in der Welt hingegen nach der ungünstigsten Variante 7 Mrd. mehr. Wir werden sehr viel weniger Junge und viel mehr Ältere in unserer Gesellschaft haben. Ein Großteil der Kindergartenplätze von heute bleibt in einem halben Jahrhundert leer. Die Zahl der Grundschüler nähert sich der Halbierung und in fünfzig Jahren stehen ein Drittel weniger Erwerbsfähige zur Verfügung. Nachdenklich stimmt, wie unterschiedlich sich in diesem Rahmen Kreise und Städte entwickeln werden.

Aus Sicht der Landes- und Regionalplanung sind ein paar Aspekte der Studie beispielhaft herauszustellen, die in den kommenden Jahren verstärkt Beachtung finden müssen. Die Veränderung der Alters- und Familienstruktur hat Auswirkungen auf die Haushalte und die damit einhergehende Siedlungstätigkeit. Der Wohnungsmarkt wird Leerstände verzeichnen und die Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen – also Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime – erfahren Verschiebungen in der Auslastung, um nur drei Bereiche zu nennen.

Hauptbetroffene der steigenden kommunalen Konkurrenz um erwerbstätige Einwohner und Unternehmensansiedlungen werden voraussichtlich die Kernstädte in den verdichteten und hoch verdichteten Räumen sein. Die zurückgehende und alternde Bevölkerung wird die kommunale Konkurrenz um Einwohner und Unternehmensansiedlungen voraussichtlich weiter erhöhen.

Gemeinden im Umland von Kernstädten in den verdichteten und hoch verdichteten Räumen entwickeln sich zu attraktiven Wohn- und Arbeitsstandorten; sie bieten Wohnbauland und Gewerbegrundstücke mit guter Verkehrsanbindung. Dieser so genannte Postsuburbanisierungs-Prozess wird durch zunehmende Mobilität und Standortunabhängigkeit verstärkt. Eine weiter starke finanzielle Belastung der Kernstädte durch die Vorhaltung zentraler Einrichtungen ist zu erwarten. Gleichzeitig ist mit einem Rückgang kommunaler Steuereinnahmen zu rechnen. Die Beteiligung an der Einkommensteuer kann dies nur begrenzt kompensieren.

Wanderungsgewinne durch die Osterweiterung der EU und Regelungen eines Einwanderungsgesetzes, die sich zunächst in den Kernstädten konzentrieren, werden den Prozess von Alterung und Schrumpfung in den Kernstädten nur verzögern. Auch die Beitrittsstaaten sind den gleichen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung ausgesetzt. Außerdem gleichen sich auch Zugewanderte den herrschenden Lebensformen an, so dass mit wachsendem Einkommen eingewanderte Familien ebenfalls die Umlandgemeinden als Wohnstandorte bevorzugen könnten. Die Lasten der Integration würden zunächst die Kernstädte tragen, die späteren

Einnahmen könnten die Gemeinden in den verdichteten Räumen und in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen verbuchen. Umfang und Geschwindigkeit dieses Prozesses sind neben der Wirtschaftsentwicklung auch von der Preisgestaltung für die PKW-Nutzung abhängig.

In dünn besiedelten ländlichen Räumen zeichnet sich eine Gefährdung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser ...) ab.

Neben den Kernstädten werden voraussichtlich die dünn besiedelten ländlichen Räume im kommunalen Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze zusätzliche Schwierigkeiten haben. Zurückgehende Bevölkerungsdichten erfordern hier neue Überlegungen zur Auslastung und Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Dieser Prozess wird verstärkt durch die einerseits zunehmende Privatisierung von Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge und die auf EU-Ministerratebene vereinbarte Liberalisierung der Märkte sowie andererseits durch die Verschlechterung der kommunalen Haushaltslage.

Die gleichwertige Versorgung in allen Teilräumen des Landes kann damit nicht mehr wie bisher sichergestellt werden. Sie erfordert neue Modelle und Organisationsformen, um Chancengleichheit und den erforderlichen öffentlichen Beitrag zur Sicherung der allgemeinen Lebensqualität zu gewährleisten.

Zweifelloso wird die demographische Entwicklung noch mehr zu einem der Schwerpunkte in der politischen Diskussion in den kommenden Jahren werden. Alle Politikfelder werden davon betroffen sein: Neben der Landes- und Regionalplanung die sozialen Sicherungssysteme, die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Beschäftigungspolitik, die Finanzpolitik, die Familienpolitik, die Zuwanderungspolitik usw.

Ausblick

Die rheinland-pfälzischen Statistiker können und wollen im Rahmen eines „Volkswirtschaftlichen Controlings“ Basisdaten zu diesem schwierigen Steuerungsprozess beitragen.

Nach dem vorgelegten Band I ist die Weiterentwicklung regionalisierter Analysen ein Hauptarbeitsfeld für die nächsten Jahre. Im Mittelpunkt werden hierbei vertiefte Schüler-, Haushalte-, Wohnungsbedarfs- und Erwerbspersonenprojektionen stehen; dies als Grundlage der von der Landesregierung initiierten Untersuchungen zu unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung.

Die „unmittelbaren“ Auswirkungen (als Band II geplant) sind recht gut zu beschreiben. Wenn die Zahl der Kindergartenkinder abnimmt, wenn die Zahl der Grundschüler sinkt, dann sind die unmittelbaren Auswirkungen in Bezug auf die benötigten Kindergärten und Schulen offensichtlich. Ebenso werden Beziehungen zwischen der Anzahl der Haushalte und dem künftigen Wohnungsbedarf abgeleitet werden können. Auch hinsichtlich der Nachfrage bei Gewerbebetrieben – Fri-

1) Statement von Staatsminister Zuber anlässlich der Pressekonferenz „Demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz“ am 12. Dezember 2002 in Mainz.

seuren, Bäckern, Gaststätten etc. – ist eine unmittelbare Wirkung durch eine um etwa 1 Mill. Menschen kleinere Bevölkerung verständlich. In umgekehrter Weise werden mehr Altenheimplätze und Krankenhausbetten durch die zunehmend älter werdende Bevölkerung nachgefragt.

Die Beschreibung der „mittelbaren“ Auswirkungen (als Band III vorgesehen) erfordert Erkenntnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und damit besonders auch zur Einschätzung der Exportchancen,

zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen, zur Einkommensentwicklung, zur Steuerentwicklung und zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte allgemein. Wegen der Interdependenzen dieser Untersuchungsgegenstände ist hierzu eine intensive Forschungsarbeit aufzunehmen, die in engem Zusammenwirken mit allen politisch Zuständigen in Staat, Kommunen und Gesellschaft, namentlich auch mit der Landesplanung, mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) und mit der Wissenschaft – interdisziplinär – erfolgen muss. □

Datenerhebung in der Schulstatistik

@SchuLE.rlp – ein Pilotprojekt mit Java- und XML-Technologien

@SchuLE.rlp steht für **A**utomatischer **T**ransfer von **S**chüler und **L**ehrerdaten in Rheinland-Pfalz und startete als Pilotversuch zum Erfassen und Übermitteln von Daten für die amtliche Schulstatistik mit dem Beginn des Schuljahres 2002/2003. Ziel des Projektes **@SchuLE.rlp** ist es, Schuldaten in einem einheitlichen, plausiblen Datenformat zu erhalten.

Dies war in den vergangenen Jahren anders: Die Daten wurden von den rheinland-pfälzischen Schulen in Form von Erhebungsbogen in einem starren, vorgegebenen Satzaufbau entweder im ASCII-Datenformat oder als Excel-Datei dem Statistischen Landesamt übermittelt.

Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt auf dem technischen Aspekt der neuen Anwendung.

Ziele des Projekts

Beim Initiieren des Projektes waren Projektziele hinsichtlich der Anforderungen an die zu erstellende Software zu definieren und Ziele aus DV-technischer Sicht festzulegen:

Die zu erstellende Software sollte folgende Anforderungen erfüllen:

- einheitliche Datenschnittstelle,
- Betriebssystemunabhängigkeit,
- selbsterklärende Installation sowie möglichst geringer Administrationsaufwand in den Schulen,
- Gewährleistung der Sicherheit der Daten und des Datenschutzes,
- geringer Erfassungsaufwand,
- keine Softwarekosten für die Schulen.

Aus DV-technischer Sicht waren als Ziele

- der Aufbau einer objektorientierten Entwicklungsumgebung,
- geringe Bindungen an Betriebssysteme und Hersteller und
- der Einstieg in die objektorientierte Software-Entwicklung mit dem vorhandenen Personal

für die Entwicklungsarbeit maßgeblich.

Anforderungen an die zu erstellende Software

1. Einheitliche Datenschnittstelle

Die Daten, welche die Schulen jedes Jahr an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz übermitteln, sollen ab dem Schuljahr 2003/2004 landesweit über ein einheitliches Datenformat geliefert werden. Diese Daten werden aus unterschiedlichen technischen Quellen erzeugt: Sie können mittels des neuen Pro-

grammes **@SchuLE.rlp** erfasst oder mit Hilfe eines kommerziellen Schulverwaltungsprogrammes erstellt werden.

Erhebungsbögen, ASCII-Schnittstelle und Excel-Formate sollen nicht mehr unterstützt werden. Aus diesem Grund wurde frühzeitig Kontakt zu den Schulaufsichtsbehörden, dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend (MBFJ) und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD, Trier) sowie den Herstellern von Schulverwaltungsprogrammen aufgenommen, um eine einheitliche Datenschnittstelle zu definieren.

Technische Grundlage sollte hier die Extensible Markup Language (XML)¹⁾ sein, welche mittlerweile als Standard für Datenaustauschformate anzusehen ist. Dieses Format für die Übermittlung der Daten der amtlichen Schulstatistik durchzusetzen, erforderte einige Überzeugungsarbeit. Der Vorteil von XML liegt darin, dass es gut lesbar ist (keine Binärcodes), starke Unterstützung bei den führenden Softwareherstellern (Microsoft, Oracle, IBM, Sun und Apache) erfährt und vom World Wide Web Consortium (W3C) als unabhängiges Gremium standardisiert ist. Viele neue Standard- und Open Source Softwareprodukte, welche in Zukunft auch für das Statistische Landesamt von Interesse sein könnten, basieren ebenfalls auf XML. Ein weiterer, entscheidender Vorteil ist die Möglichkeit der Überprüfung des XML-Datenformates mit XML-Schema²⁾. Hiermit kann jede XML-Datei zweistufig wie folgt auf formale Gültigkeit geprüft werden:

1. Stufe: Prüfung auf syntaktische Korrektheit (= wellformed)
2. Stufe: Überprüfung auf Typen, Wertebereiche, Feldanordnungen entsprechend dem definierten XML-Schema (= valid)

Durch das Zusammenspiel von XML und XML-Schema wird eine sehr gute Datenqualität der zu liefernden Schuldaten erwartet. Ein Nachteil von XML-Daten ist der wesentlich größere Plattenspeicherbedarf gegenüber herkömmlichen Datenformaten. Durch moderne Komprimierungsprogramme lässt sich dieser Nachteil jedoch minimieren.

2. Betriebssystemunabhängigkeit

Das Programm zur Erfassung der Daten in den Schulen muss betriebssystemunabhängig sein, da in den rund 1600 Schulen in Rheinland-Pfalz mit den unterschiedlichsten Hardware-Gegebenheiten gerechnet werden muss. Als plattformunabhängige Programmiersprache ist die objektorientierte Sprache Java mittlerweile stark verbreitet. Die Entscheidung zu Java erforderte im Statistischen Landesamt die Einrichtung einer neuen Softwareentwicklungsumgebung und eine Schulung der beteiligten Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

1) Siehe hierzu: <http://www.w3.org/XML>

2) Siehe hierzu: <http://www.w3.org/XML/Schema.html>

3. Installation

Die Installation und die Bedienung der Anwendung muss möglichst einfach zu handhaben sein. Das Statistische Landesamt ist personell nicht in der Lage eine größere Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Betreuung eines einzelnen Verfahrens in den gut 1 600 Schulen zu binden. Ebenso muss eine Installation der Software in den Schulen von EDV-unerfahrenem Personal durchführbar sein. Hier bot sich das Produkt Java Web Start³⁾ an, das in der Java Runtime Environment (JRE) ab der Version 1.4.0 enthalten ist. Die JRE ist die technische Grundlage des gesamten Programmpaketes und muss auf den Rechnern in den Schulen installiert sein.

Um Java Web Start zu nutzen, wird die Anwendung @SchuLE.rlp serverseitig vom Statistischen Landesamt auf einem mit dem Internet verbundenen Webserver als Java Archiv (.jar-Datei) abgelegt. Die Anpassungen für Java Web Start auf diesem Rechner sind minimal. Der Klient, also der Bearbeiter in der Schule, ruft über ein Browserprogramm (z. B. den

Internet Explorer von Microsoft) und das Internet eine vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellte HTML-Seite auf. Durch einen einfachen Mausklick auf eine Schaltfläche oder ein Bild auf dieser Seite wird automatisch Java Web Start gestartet und die Anwendung @SchuLE.rlp auf dem PC in der Schule in einem speziellen Arbeitsbereich, dem so genannten Cache von Java Web Start, installiert.

Bei jedem weiteren Aufruf des Programmes ist keine Internetverbindung mehr erforderlich. Besteht jedoch zum Zeitpunkt eines erneuten Programmstarts eine Internetverbindung, erfolgt ein automatischer Versionsabgleich der Software @SchuLE.rlp. Existiert auf dem Webserver eine neuere Version als in der Schule, wird eine automatische Aktualisierung der Software, vorgenommen, ansonsten wird das Programm aus dem Arbeitsbereich des PCs gestartet. Dieser Versionsabgleich benötigt wenig Zeit und basiert auf dem Java Network Launching Protocol (JNLP). Durch diesen Mechanismus wird ohne Installationsaufwand eine aktuelle Softwareversion der Anwendung in den Schulen gewährleistet. Ein teurer Versand von Disketten oder CDs und ein manuelles Installieren von neuen Versionen in den Schulen entfällt.

3) Siehe hierzu: <http://java.sun.com/products/javawebstart>



4. Datensicherheit und Datenschutz

Die Applikation @SchuLE.rlp soll neben der Erfassungs- und Datenübermittlungsfunktionalität in den Schulen im Statistischen Landesamt als Auskunft- und Plausibilisierungstool genutzt werden. Hierfür ist es zur Programmierung der Anwendung wesentlich einfacher, wenn die Datenhaltung in den Schulen und im Statistischen Landesamt auf gleicher technischer Grundlage realisiert wird. Die von den Schulen eingehenden Daten werden im Statistischen Landesamt nach der Plausibilisierung und zur weiteren Verarbeitung in eine relationale Datenbank (Oracle) eingelagert. Eine Oracle-Datenbank in den Schulen kam nicht in Frage, da dies den Projektzielen

- keine Softwarekosten für die Schulen und
- selbsterklärende Installation sowie möglichst geringer Administrationsaufwand in den Schulen

widersprach. Die Entscheidung fiel letztendlich auf `hsqldb`⁴⁾ eine relationale Open Source Datenbank, welche sich bereits in einigen Projekten der Apache Group bewährt hatte. Aus den Javaprogrammen kann mit der genormten Java Database Connectivity-Schnittstelle (JDBC-API) auf diese Datenbank performant zugegriffen werden. Diese auf Java basierende Datenbank lässt sich in die Anwendung vollständig integrieren, so dass keine Administrationaufgaben in den Schulen zur Wartung der Datenbank entstehen.

5. Geringer Erfassungsaufwand

In den Schulen werden Daten nicht nur für die amtliche Schulstatistik, sondern auch für die Schulaufsichtsbehörden (MBFJ, ADD) erhoben. Ein grundlegendes Konzept der neuen Anwendung beruht auf der Tatsache, dass für jeden Schüler und Lehrer anonymisierte Datensätze bestehen. Das bisherige Verfahren verarbeitet von Lehrern Einzeldaten, jedoch von Schülern Summen auf Klassenbasis. Diese Umstellung erfordert im ersten Jahr mehr Erfassungsaufwand, ermöglicht jedoch softwareseitig ein weitestgehend automatisiertes Generieren der benötigten Daten in den Folgejahren, wodurch der Erfassungsaufwand in den Schulen stark vermindert wird. Des weiteren ist mittelfristig eine einheitliche Datenschnittstelle für das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend (MBFJ), die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD, Trier) und das Statistische Landesamt auf Basis von XML geplant. Dadurch wird von den Schulen nur noch eine einheitliche Datenbasis für alle Behörden benötigt. Das Verteilen der Daten an die unterschiedlichen Dienststellen geschieht dann auf Serverseite, unter Beachtung des Datenschutzes, in einem eigenständigen Prozess.

4) Siehe hierzu: <http://hsqldb.sourceforge.net>
5) Siehe hierzu: <http://xml.apache.org/xerces-j/index.html>
6) Siehe hierzu: <http://www.altova.com>
7) Siehe hierzu: <http://borland.com/jbuilder/index.html>
8) Siehe hierzu: <http://www.textpad.com>
9) Siehe hierzu: <http://java.sun.com/j2se>
10) Siehe hierzu: <http://xml.apache.org/xerces-j>
11) Siehe hierzu: <http://jdom.org>

6. Keine Softwarekosten für die Schulen

Die für den Ablauf der Anwendung in den Schulen benötigte Software ist frei erhältlich und es sind keine Lizenzgebühren zu bezahlen. Voraussetzung hierfür war die bewusste Entscheidung für frei erhältliche, standardisierte Technologien. Java wird von Sun Microsystems bereitgestellt, XML ist im weitesten Sinne nur eine Beschreibung eines Datenformates, dessen Nutzung jedem freigestellt ist. Die benötigten Java-Bibliotheken für eine XML-Verarbeitung sind Open Source Produkte der Apache Group und dort unter der Produktbezeichnung Xerces⁵⁾ erhältlich. Die Datenbanksoftware `hsqldb` ist ebenfalls eine Open Source Software (OSS) und unterstützt den Standard JDBC und somit auch die Standard Query Language (SQL) für relationale Datenbanken.

DV-technische Ziele

1. Aufbau einer objektorientierten Entwicklungsumgebung

Für die Entwicklung der neuen Anwendung bzw. den Einsatz der neuen Technologien musste im Statistischen Landesamt eine neue Entwicklungsumgebung eingerichtet und die Projektmitarbeiter mussten entsprechend geschult werden. Da es sich bei @SchuLE.rlp um ein Pilotprojekt handelt, sollen durch das Projekt auch Rückschlüsse auf die Tauglichkeit der eingesetzten Entwicklungstools gewonnen werden.

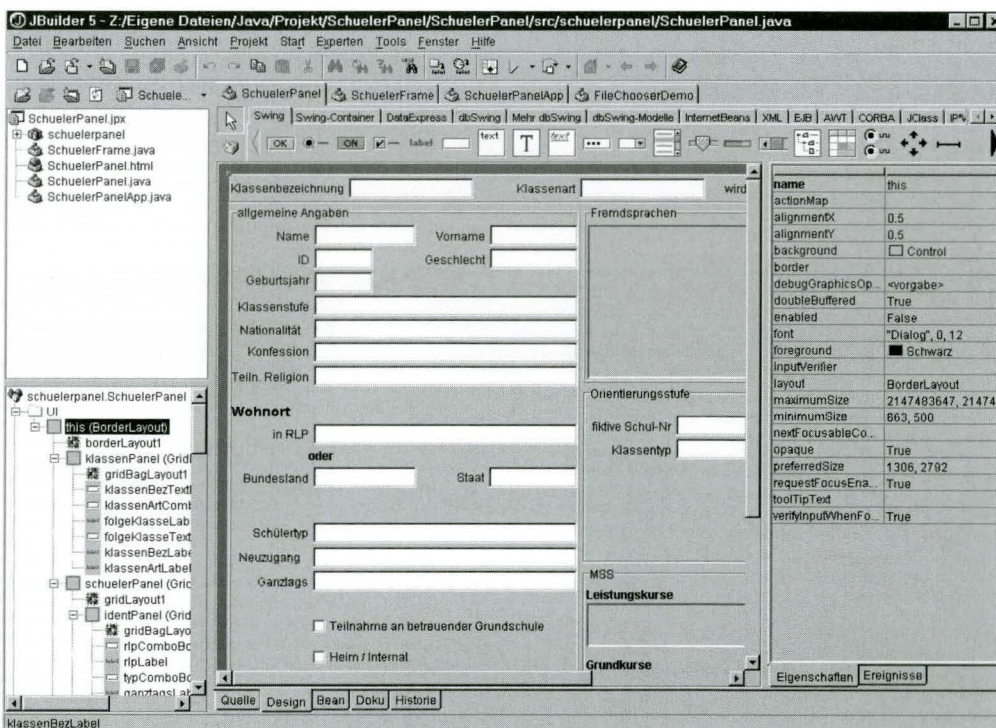
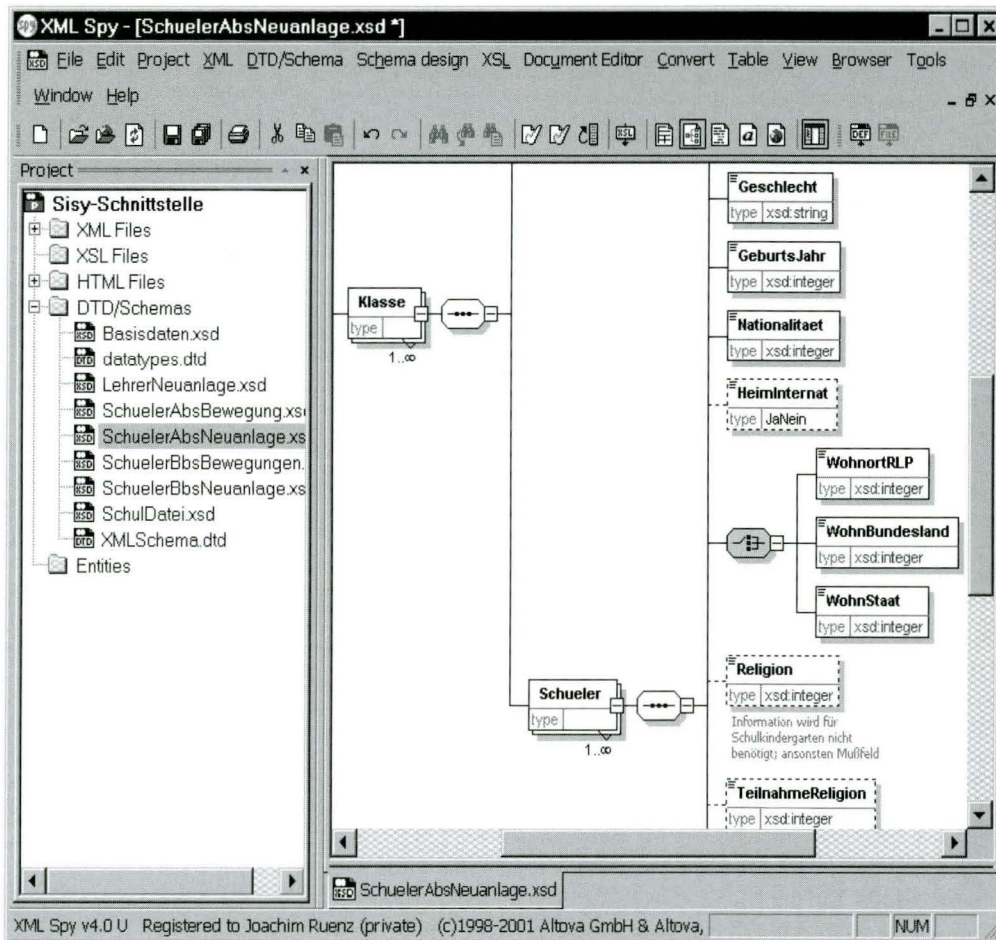
Für das Erstellen von XML-Schemata hat sich das Tool XML Spy Version 4 von Altova⁶⁾ bewährt. Mit diesem Tool kann auf sehr einfache Weise ein XML-Schema mit einem Grafikeditor erstellt werden. Die Dokumentation der erstellten Schemata kann in HTML erzeugt werden. In diesem Format wurde sie auch den Herstellern von Schulverwaltungsprogrammen zur Verfügung gestellt.

Ursprünglich sollte für die Programmierung der Java-Programme ein modernes RAD-Tool (Rapid Application Development), JBuilder 5 Professional von Borland eingesetzt werden.⁷⁾ Die Handhabung dieses Tools war nicht sehr einfach und benutzerfreundlich. Genutzt wurde der JBuilder letztlich nur zum Erzeugen der graphischen Oberflächen, wo er unbestritten sehr hilfreich war, ansonsten einigte sich die Projektgruppe darauf, mit dem Editor Textpad 4.5⁸⁾ die Javaprogramme zu erstellen. Hieraus ergab sich, dass die Professional-Version des JBuilders für dieses Projekt überdimensioniert war. Die wesentlich kostengünstigere Standard-Version des JBuilders wäre ausreichend gewesen.

Zum Übersetzen, Ausführen und Testen der Java-Programme wurde die Java 2 Standard Edition (J2SE) von Sun Microsystems⁹⁾ in der Version 1.4.0_01 benötigt.

Für das komfortable Verarbeiten von XML-Dateien in Java-Programmen wurde aus dem Internet die Open Source Software Xerces der Apache Group¹⁰⁾ und JDOM¹¹⁾ heruntergeladen.

Eine mit Java Mitteln selbst erstellte Versionsverwaltung hat sich im Einsatz bewährt, soll aber im nächsten Projekt durch die Projektverwaltungssoftware



Concurrent Versions System (CVS)¹²⁾, ebenfalls Open Source Software, abgelöst werden. Diese Projektverwaltungssoftware soll auch in der Verbundprogrammierung der Statistischen Ämter eingesetzt werden.

Ein auf Basis des UNIX-Kommandos make eigenentwickeltes Build-Tool zum Zusammenstellen aller Softwarekomponenten soll ebenfalls durch ein Open Source Produkt, Ant¹³⁾, ersetzt werden. Ant ist ein plattformübergreifendes Tool und wird über XML-Dateien gesteuert.

Die Software @SchuLE.rlp kann mit jeder relationalen Datenbank, die einen JDBC-Treiber zur Verfügung stellt zusammenarbeiten. In der Anwendung wird nur Standard SQL verwendet. Lediglich an einer Stelle im gesamten Programmpaket traten kleine Unterschiede zwischen den benutzten Datenbanken, Oracle und hsqldb, auf.

2. Geringe Bindungen an Betriebssysteme und Hersteller

Durch die Berücksichtigung und Einhaltung von Standardtechnologien ist die neue Entwicklungsumgebung weitgehend unabhängig von Herstellern und Betriebssystemen. Dadurch ist es jederzeit möglich, einzelne Teile dieser Umgebung mit relativ wenig Arbeitsaufwand auszutauschen oder zu erweitern.

3. Einstieg in die objektorientierte Softwareentwicklung durch das verfügbare Personal

Start des Projektes war im August 2001. Der Pilotversuch an ausgesuchten Schulen fing mit Beginn des Schuljahres 2002/2003 am 19. August 2002 an. Die Pilotschulen wurden regelmäßig informiert und in die Entwicklung mit eingebunden. Ebenso wurde Kontakt zu den Herstellern von Schulverwaltungsprogrammen gehalten. Das Kernprojektteam sollte aus 4 Softwareentwicklern bestehen. Neben der Fach- und

DV-Analyse wurde im September 2001 mit der Ausbildung begonnen. In wöchentlich stattfindenden, jeweils ca. zweistündigen Vorträgen wurden die Themen Objektorientierung, Java und XML angerissen. Im November 2001 erfolgte eine vierwöchige Blockausbildung mit den Ausbildungseinheiten:

- Java Grundkonzepte
- Java Workshop (Java, Swing und JDBC)
- Java und XML
- Java und XML Workshop, erweiterte Konzepte

Neben Java und XML wurden in dieser Blockausbildung Schwerpunkte auf objektorientierte Konzepte gelegt.

Projektverlauf

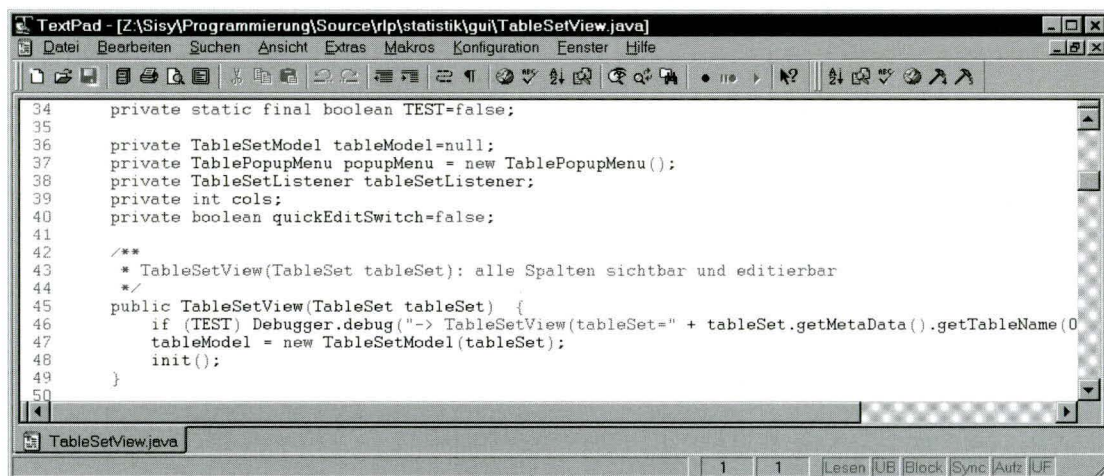
Ein erstes organisatorisches Problem war, durch Umschichtung von Arbeitsabläufen, die Projektmitglieder von bisherigen Aufgaben zu befreien. Dies führte dazu, dass ein Projektmitglied erst im Februar 2002 die Arbeit für das Projekt aufnehmen konnte und ein weiterer vorgesehener Mitarbeiter nicht dem Projekt zur Verfügung stand. Dieser Umstand wurde durch einen vom Statistischen Landesamt neu eingestellten Mitarbeiter, der durch seine Ausbildung direkt ins Projektteam aufgenommen werden konnte, gemildert.

Eine deutliche Entlastung der Entwickler wurde durch die starke Projekteinbindung von Mitarbeitern des Fachbereiches erzielt. Neben Beratung und Lösung von fachlichen Problemen, erledigten diese Mitarbeiter viele organisatorische Aufgaben, wie beispielsweise das Organisieren von Treffen mit den Pilotschulen und Herstellern von Schulverwaltungsprogrammen, Erstellen von Protokollen, Absprachen mit den Schulaufsichtsbehörden, usw.

Ein Wunsch des Projektteams war es, dass die Arbeitsplätze während der Projektphase räumlich nahe, am Besten in einem Zimmer, eingerichtet wurden. Durch die anfängliche Reduzierung der Gruppe auf drei Mitarbeiter, konnten diese in einem Arbeitszimmer untergebracht werden. Damit war der Informationsfluss innerhalb des Teams optimal gewährleistet. Verständ-

12) Siehe hierzu: <http://jakarta.apache.org/ant>

13) Siehe hierzu: <http://www.cvshome.org>



nisfragen und programmiertechnische Schwierigkeiten konnten so zeitnah innerhalb der Gruppe ausdiskutiert werden.

Durch die Zusammensetzung der Projektgruppe mit IT-Fachpersonal aus heterogenen DV-Teilgebieten, Host und strukturierte Programmierung auf der einen, sowie Java und Objektorientierung auf der anderen Seite, ergaben sich anfangs Verständigungsschwierigkeiten. Die Einarbeitung in die neuen Technologien erfolgte aber erstaunlich schnell. Eine 3-schichtige Architektur mit einer Trennung von Oberflächenverarbeitung, Datenhaltung und fachlichen Anforderungen wurde weitestgehend eingehalten. Viel Wert wurde auf eine so weit wie mögliche (bzw. sinnvolle) Verallgemeinerung der fachlichen Problemstellungen gelegt, so dass allgemein gültige Klassen erzeugt wurden, welche in Folgeprojekten wieder verwendet werden können. Durch diese Vorgehensweise konnten sichtbare Ergebnisse für den Fachbereich nicht sehr schnell vorgelegt werden. Diese Anfangsinvestition zahlte sich jedoch im weiteren Projektverlauf durch eine gesteigerte Produktivität aus. Allerdings öffneten sich hierdurch des öfteren Fallen für Neueinsteiger der objektorientierten Programmierung, wie:

- eine starke Kopplung der einzelnen Objekte, da teilweise eine klare Trennung der Zuständigkeiten der einzelnen Klassen fehlte
- strukturierte, statt objektorientierte Programmierung mit Java

Diese Probleme wurden erkannt und gemeinsam behoben. Fertig gestellte Funktionalitäten wurden dem Fachbereich zum Test im Intranet des Statistischen Landesamtes über Java Web Start bereit gestellt, um so Erfahrungen mit Java Web Start zu sammeln. Schwierigkeiten ergaben sich bei Java Web Start im Zusammenspiel mit der Software Internet Information Server (IIS) von Microsoft, die als Webserver eingesetzt wurde, und für den Zugriff auf Ressource-Dateien (z. B. Bilder für den Bildschirmaufbau).

Diese konnten jedoch schnell durch Parametereinstellungen bzw. Umprogrammierung behoben werden. Ein weiteres schwer wiegendes Problem, welches bis heute nicht behoben werden konnte und erst im Pilotversuch auftrat, war ein Fehlverhalten von Java Web Start mit Internet Information Server und der Firewallsoftware (Checkpoint Firewall 1/Application Firewall) beim Provider des Statistischen Landesamtes, dem Daten- und Informationszentrum Rheinland-Pfalz (DIZ). Eine Umgehung des Problems war kurzfristig nur durch die Nutzung eines anderen Rechners zu erreichen. Das Landesmedienzentrum (LMZ) stellte kurzfristig einen Rechner mit der Betriebssystemsoftware LINUX und einem Apache Webserver zur Verfügung.

Um die Qualität der zu liefernden XML-Daten zu erhöhen, wurde den Herstellern von Schulverwaltungsprogrammen ein von der Projektgruppe erstelltes Validierungsprogramm zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe

dieses Programmes konnten die Softwarehäuser eine syntaktische Prüfung ihrer Schnittstellendaten auf Basis der vom Statistischen Landesamt vorgegebenen XML-Schema Beschreibungen vornehmen.

Die Daten aus den Schulen sollten gemäß des ursprünglichen Konzeptes über eine Internetverbindung mit Hypertext Transport Protocol (http) auf den Bildungsserver des Landes Rheinland-Pfalz übertragen werden. Voraussetzung hierfür wäre eine Erweiterung der Webserver-Software für eine Java-Servlet Verarbeitung auf dem Rechner des Landesmedienzentrums. Wegen Zeitdrucks musste diese Konzeption auf File Transfer Protocol (ftp) umgestellt werden. Dies erwies sich im Pilotversuch als ungünstig, da dieses Protokoll teilweise durch die in den Schulen eingesetzte Firewallsoftware nicht unterstützt wird. Für den Flächeneinsatz der Applikation im kommenden Schuljahr wird auf das ursprüngliche Konzept zurückgegriffen.

Fazit

Bei Projektstart waren im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz nur geringe praktische Kenntnisse über Java und XML vorhanden. Die Projektmitglieder kannten relationale Datenbanken, SQL und unter anderem die Programmiersprache C. Die Kenntnis dieser Programmiersprache erleichterte den Einstieg in Java, da C und Java von der Syntax her ähnlich sind. Die bekannten Konzepte der Datenkapselung kommen Teilen der objektorientierten Programmierung nahe. Trotzdem war die Umstellung von der strukturierten zur objektorientierten Programmierung nicht ganz einfach. Unbedingt erforderlich war es, dass die beteiligten Mitarbeiter von ihren bisherigen Aufgaben befreit wurden. Im Projekt wurde bewusst auf weitergehende Technologien, wie zum Beispiel Enterprise Java Beans (EJB) und die Java 2 Enterprise Edition (J2EE) verzichtet, um eine „Überfrachtung“ mit neuen Technologien zu verhindern. Aus diesem Grund wurde auch auf eine Analyse mit der Unified Modelling Language (UML) verzichtet. Im Projektverlauf zeigte es sich allerdings, dass dies zum Verständnis der Zusammenhänge der einzelnen Klassen und Objekte sehr hilfreich gewesen wäre. Deshalb soll im nächsten Projekt ein entsprechendes UML-Tool eingesetzt werden. Die Entwicklungsumgebung hat sich mit den oben aufgeführten Einschränkungen bewährt und zeigte, dass auch Open Source Produkte eine Alternative zu proprietären Entwicklungstools bieten. Alle Mitarbeiter waren sehr motiviert und haben sich im Projektverlauf eine gute Wissensbasis für weitergehende Projekte in diesen Technologien aufgebaut. Lobenswert war die Zusammenarbeit mit einigen Pilotschulen, die, trotz Mehraufwand für die Ermittlung der Daten, sehr engagiert mit dem Statistischen Landesamt zusammenarbeiteten und Anregungen sowie Verbesserungsvorschläge für den Flächeneinsatz von @SchuLE.rlp ab dem kommenden Schuljahr einbrachten.

Stefan Stahlhofen

Eigentumswohnungen

Zu den Grundbedürfnissen der Menschen zählt neben der Ernährung und der Bekleidung das Wohnen. Es kennzeichnet einen abgeschlossenen Lebensbereich, den der Einzelne für sich und seine Familie anstrebt. Dabei wird die Art des Wohnens und der Grad der Unabhängigkeit von der Wohnform bestimmt, die in zwei Marktbereiche aufgegliedert werden kann: den Markt für Wohneigentum und den Mietwohnungsmarkt.

Hohe Eigentumsquote in Rheinland-Pfalz

In weiten Kreisen der Bevölkerung sind die „eigenen vier Wände“ ein erstrebenswertes Ziel. Auch wenn es aus verschiedenen Gründen nicht immer realisierbar ist, dürften neben den nur schwer messbaren Argumenten der Lebensfreude und Geborgenheit sachlich kalkulierbare Vorteile den Ausschlag geben. Das Eigentum wird als krisensichere und inflationsgeschützte Geldanlage angesehen, wobei der Besitzer von Wohneigentum die Miete quasi in die eigene Tasche zahlt. Schutz vor Mieterhöhungen und Kündigungen sowie der Aspekt der Altersvorsorge sind weitere Gründe. Außerdem stellt das Wohneigentum ein Vermögenspolster dar, auf das im Notfall zurückgegriffen werden kann.

Die Wohneigentumsquote – hierunter wird der Anteil der von ihren Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an der Gesamtzahl aller bewohnten Wohnungen verstanden – war in Rheinland-Pfalz immer relativ hoch. Schon im Jahr 1950 lag sie bei 54,4%. Der Rückgang auf 47,8% im Jahr 1961 war auf die starke Bautätigkeit jener Jahre im Mietwohnungsbau zurückzuführen, wodurch die Wohnungsnot der Nachkriegszeit verringert oder beseitigt werden sollte. In den Folgejahren nahm die Quote wieder zu und erreichte 1987 – dem Jahr der letzten Gebäude- und Wohnungszählung – einen Wert von 52,2%. Das aktuell verfügbare Ergebnis stammt aus dem Jahr 1998, als bei der Mikrozensus Zusatzhebung im Rahmen einer Stichprobe ein Wert von 55% ermittelt wurde. Damit liegt Rheinland-Pfalz nach dem Saarland (58,1%) an zweiter Stelle aller Bundesländer und deutlich über dem Wert für Deutschland bzw. dem des früheren Bundesgebietes mit 40,9 bzw. 43,1%.

Ein- und Zweifamilienhäuser überwiegen

Die hohe Eigentumsquote in Rheinland-Pfalz ist hauptsächlich auf den großen Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern, die zumeist von den Besitzern selbst bewohnt werden, zurückzuführen. Auf diese beiden Gebäudetypen kamen Anfang letzten Jahres im Landesdurchschnitt Anteile von 69 bzw. knapp 21%. Hierbei zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. So überschreiten mit Ausnahme des Rhein-Lahn-Kreises sowie der Kreise Mayen-Koblenz und Kaiserslautern alle anderen Landkreise den Landeswert. Im Durchschnitt aller Landkreise entfällt auf Einfamilienhäuser eine Quote von 72%. Mit einem Wert von je 79% errechnet sich das höchste Ergebnis in den Kreisen Daun und Bitburg-Prüm; kaum niedriger sind die Einfamilienhaus-Quoten in den Landkreisen Cochem-Zell und Südliche Weinstraße (je 77%) sowie Bernkastel-Wittlich (76%).

Bei einem Ländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz bei dem Anteil der Wohngebäude mit nur einer Wohnung Rang drei ein. Nur in Schleswig-Holstein und in Brandenburg war die Quote mit 75 bzw. 70% etwas höher. Dagegen hat das Land nach dem Saarland (10%) mit knapp 11% den geringsten Anteil an Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen.

Die Eigentumsquote wird aber nicht nur durch Ein- und Zweifamilienhäuser bestimmt, sondern auch durch Eigentumswohnungen.

Das Stockwerkseigentum – Vorläufer der Eigentumswohnung

Vielen Haushalten ist es aus den verschiedensten Gründen nicht möglich, ein eigenes Haus zu erwerben. Daher bestand seit jeher ein dringendes Bedürfnis, auch für Mehrfamilienhäuser eine Rechtsform zu schaffen, die dem Bewohner die Möglichkeit gibt, ein Eigentumsrecht an der Wohnung zu erwerben. Schon im Mittelalter hatte sich infolge der Enge der umfriedeten Städte das Stockwerkseigentum entwickelt. Es verlor später an Bedeutung, hielt sich in den süddeutschen Ländern – besonders in Baden und Württemberg, zum Teil auch in Bayern – bis in das 19. Jahrhundert hinein. Insgesamt waren die gesetzlichen Vorschriften vor allem hinsichtlich der gemeinschaftlich benutzten Gebäudeteile unzulänglich und ließen auch eine wiederholte Teilung des Stockwerkseigentums zu. Diese Häuser fielen in Misskredit und wurden auch „Streithäuser“ genannt. Aus diesem Grund hat das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch das Stockwerkseigentum zwar nicht abgeschafft, aber die Begründung neuen Stockwerkseigentums ausgeschlossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland die Idee des Stockwerkseigentums wieder aufgegriffen. Durch die umfangreichen Kriegszerstörungen und die bestehende Kapitalnot der Grundstücksbesitzer war der Wiederaufbau oft nur mit finanzieller Beteiligung der künftigen Bewohner realisierbar. Für wieder aufgebaute und neu errichtete Gebäude wurden Baukostenzuschüsse verlangt, denen jedoch kein gesicherter Gegenwert gegenüber stand. Diese Situation wurde kritisiert und gleichzeitig gefordert, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die regelt, dass die zum Aufbau des Gebäudes beisteuernden Wohnungssuchenden auch Eigentum an der neu geschaffenen Wohnung erwerben konnten. Dieser Sachverhalt führte zur Schaffung des Gesetzes über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz – WEG) vom 15. März 1951 (BGBl. I, S.175).

Nach dem Gesetz kann an Wohnungen „Wohneigentum“ und an anderen Räumen – z. B. Geschäftsräumen – ein „Teileigentum“ begründet werden. Die Begründung erfolgt durch Einigung oder Eigentumsteilung und bedarf der Eintragung im Grundbuch. An der Wohnung bzw. an den sonstigen Räumen entsteht ein Sondereigentum und an den gemeinschaftlichen Gebäudeteilen ein Miteigentum nach Bruchteilen. Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer ist grundsätzlich unlöslich. Nur unter erschwerten Voraussetzungen kann ein Eigentümer aus der Gemeinschaft entfernt

werden, wenn er gegen die aus ihr erwachsenen Pflichten verstößt. Hier liegt der wesentliche Unterschied zu dem früheren Stockwerkseigentum, das diese Möglichkeit nicht kannte.

Eigentumswohnungen erstmals 1968 erfasst

In der ersten Zeit nach Inkrafttreten des Wohnungseigentumsgesetzes bestand eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Eigentumswohnungen. Im Laufe der Jahre gewann diese Wohnform aber immer mehr Beachtung.

In den Erläuterungen der Wohnungszählungen 1956 und 1961 wurde erstmals der Begriff der Eigentumswohnung erwähnt. Ein eigener Nachweis dieser Wohnungen erfolgte nicht; ihre Zahl floss in die der Eigentümerwohnungen ein. Hierunter sind die Wohnungen zu verstehen, die vom Eigentümer des Gebäudes oder der Wohnung selbst bewohnt werden.

Erste Ergebnisse über Eigentumswohnungen lieferte die Gebäude- und Wohnungszählung vom Oktober 1968. Auf Landesebene wurden 12 351 Wohnungen ermittelt, von denen 11 600 bewohnt waren. Das waren 1% aller bewohnten Wohnungen.

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 erfasste die amtliche Statistik zum zweiten Mal die Eigentumswohnungen. In dem 20-jährigen Zeitraum seit 1968 war ihre Zahl von gut 12 300 auf 68 100 gestiegen, dies bedeutete eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Zunahme um mehr als 450%. An der Gesamtzahl der Wohnungen gemessen, belief sich der Anteil der Eigentumswohnungen auf 4,5%. Zum Zeitpunkt der Erhebung waren davon 62 600 bewohnt; dies waren 4,3% aller belegten Wohnungen.

Auch bei den wohnungsstatistischen Erhebungen der 90er Jahre wurden die Eigentumswohnungen erfragt. Nach den Ergebnissen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom September 1993 gab es in Rheinland-Pfalz 90 200 bewohnte Einheiten; das waren 5,9% des Gesamtbestandes. Bei der Mikrozensus-Zusatzerhebung im April 1998 hatte sich der entsprechende Anteil auf 7,4% erhöht.

Die Annahme, dass Eigentumswohnungen vielfach als Kapitalanlage erworben wurden, wird durch die Statistik bestätigt. Von den 1998 in Rheinland-Pfalz vorhandenen und auch tatsächlich belegten 120 000 Eigentumswohnungen wurden nur 56 900 (47,4%) von ihren Eigentümern selbst bewohnt, der Rest von 63 100 (52,6%) war vermietet.

Seit 1987 fast 65 700 neue Eigentumswohnungen

Neben der Einbeziehung der Eigentumswohnungen in die Totalerhebungen der Jahre 1968 und 1987 sowie in die folgenden Stichprobenerhebungen wurde dieses Merkmal wegen der im Zeitablauf steigenden Bedeutung der Eigentumswohnungen auch in den Katalog des ab 1979 gültigen Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I, S.1118), mit dem die Entwicklung im Genehmigungs- und Fertigstellungsbereich erfasst wird, einbezogen. Die entsprechenden Daten kön-

Eigentumswohnungen 1987 und 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bestand 1987 ¹⁾	Bestand 2001 ²⁾	Anteil am Wohnungsbestand insgesamt	
			1987 ¹⁾	2001 ²⁾
	Anzahl	%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 639	4 746	7,1	8,5
Landkreise				
Ahrweiler	2 555	4 164	5,4	7,2
Altenkirchen (Ww.)	438	1 148	0,9	2,0
Bad Kreuznach	2 309	4 741	4,0	6,7
Birkenfeld	635	1 497	1,8	3,6
Cochem-Zell	135	474	0,6	1,6
Mayen-Koblenz	2 540	4 517	3,4	4,9
Neuwied	2 371	3 952	3,6	5,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	655	1 220	1,8	2,7
Rhein-Lahn-Kreis	1 573	3 295	3,3	5,7
Westerwaldkreis	1 046	2 997	1,6	3,6
Kreisfreie Stadt Trier	3 836	6 033	8,4	11,8
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	814	1 226	1,9	2,4
Bitburg-Prüm	304	574	0,9	1,4
Daun	312	737	1,3	2,5
Trier-Saarburg	466	1 441	1,0	2,6
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	3 245	4 727	16,3	20,7
Kaiserslautern	4 696	6 093	9,6	11,5
Landau i. d. Pfalz	2 404	4 299	15,2	21,8
Ludwigshafen a. Rhein	4 953	8 819	6,9	11,0
Mainz	7 619	13 764	8,8	14,1
Neustadt a. d. Weinstr.	1 636	2 889	7,3	10,9
Pirmasens	757	1 097	3,3	4,4
Speyer	2 534	4 385	12,9	18,5
Worms	1 169	4 014	3,6	10,5
Zweibrücken	339	474	2,2	2,7
Landkreise				
Alzey-Worms	1 093	3 480	2,9	6,8
Bad Dürkheim	2 136	5 810	4,4	9,5
Donnersbergkreis	763	1 750	2,9	5,2
Germersheim	2 712	6 073	6,8	11,7
Kaiserslautern	676	1 467	1,6	2,8
Kusel	349	718	1,2	2,0
Südliche Weinstraße	1 469	3 682	3,9	7,8
Ludwigshafen	3 464	8 154	6,7	12,3
Mainz-Bingen	2 117	8 503	3,3	10,0
Südwestpfalz	403	869	1,0	1,9
Rheinland-Pfalz	68 162	133 829	4,5	7,3
kreisfreie Städte	36 827	61 340	8,1	12,0
Landkreise	31 335	72 489	2,9	5,5

1) Stand 25. Mai. – 2) Stand 31. Dezember, errechnet ohne Abgänge von Eigentumswohnungen der Jahre 1987 bis 2001.

nen damit ab dem Jahr 1983 nachgewiesen und mit gewissen Einschränkungen (z. B. keine Erfassung der aus dem Bestand abgegangenen Wohnungen) auch für Bestandsfortschreibungen auf regionaler Ebene benutzt werden.

Der 15-jährige Beobachtungszeitraum von 1987 bis 2001 zeigt den Wandel im Wohnungsbau. Ende der 80er Jahre ging die Zahl der fertig gestellten Wohnungen merklich zurück. Durch verschiedene weltpolitische Ereignisse – Vereinigung Deutschlands, Liberalisierung im Ostblock, Krieg auf dem Balkan, Zunahme der Zuwanderung – kam es Anfang der 90er Jahre zu einer Belebung der Bautätigkeit. Die Genehmigungszahlen er-

reichten lange nicht mehr gekannte Größenordnungen und führten 1994 und 1995 zu Baufertigstellungen von jeweils mehr als 30 000 Neubauwohnungen. Danach ebnete der Bauboom stetig ab; im Jahr 2001 wurden nur noch knapp 15 500 Wohnungen bezugsfertig gemeldet. Insgesamt konnten in den 15 Jahren in Rheinland-Pfalz 300 000 Neubauwohnungen dem Markt zugeführt werden.

Die Entwicklung der allgemeinen Baukonjunktur beeinflusste auch die Entwicklung bei den Eigentumswohnungen. Wurden im Jahr 1989 nur 1 500 Eigentumswohnungen in Rheinland-Pfalz fertig gestellt, so waren es in den Boomjahren 1994, 1995 und 1996, in denen viele Mehrfamilienhäusern gebaut wurden, jeweils zwischen 7 000 und 9 000 Einheiten. Danach waren die Zahlen rückläufig; im Jahr 2001 zählte man knapp 2 800 neue Eigentumswohnungen. Im gesamten Zeitraum von 1987 bis 2001 wurden landesweit fast 65 700 Eigentumswohnungen fertig gestellt. Die Quote an den Wohnungsfertigstellungen insgesamt lag in diesen 15 Jahren bei 21,9%. In Jahren schwacher Baukonjunktur sank sie auf 10,4% ab (1989); in der stärksten Bauphase 1995 und 1996 erreichten die Quoten fast 30%.

Ausgehend von der Bestandserhebung im Rahmen des Zensus 1987 errechnen sich aus diesen Veränderungen zum Stand Ende 2001 insgesamt 133 800 Eigentumswohnungen in Rheinland-Pfalz. In Relation zum gesamten Wohnungsbestand von 1 836 600 Wohnungen ergibt dies eine Quote von 7,3%, das heißt fast jede vierzehnte Wohnung hat den Status einer Eigentumswohnung.

Mehr Eigentumswohnungen in den Landkreisen

Der Bau von Eigentumswohnungen hat sich in den zurückliegenden 15 Jahren allerdings räumlich unterschiedlich entwickelt.

Belegten die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 noch die allgemeine Auffassung, dass Eigentumswohnungen überwiegend in Städten anzutreffen sind (damals befanden sich 54% der Eigentumswohnungen in den kreisfreien Städten und 46% in den Landkreisen), so ist zwischenzeitlich eine andere Situation eingetreten: Von 1987 bis 2001 entstanden mehr Eigentumswohnungen in den Landkreisen (41 154) als in den kreisfreien Städten (24 513), wodurch sich die Relation zwischen den beiden Gebietseinheiten umgekehrt hat. Trotzdem ist der Anteil der Eigentumswohnungen am jeweiligen Gesamtwohnungsbestand, in den kreisfreien Städten mit 12% heute immer noch höher als in den Landkreisen, in denen 2001 nur 5,5% aller Wohnungen zu den Eigentumswohnungen gehörten. Bei der Zählung 1987 lagen die Anteile mit 8,1 bzw. 2,9% noch deutlich niedriger.

Die zahlenmäßig meisten Eigentumswohnungen (6 386) entstanden seit 1987 im Kreis Mainz-Bingen. In der Spitzengruppe befinden sich noch die Stadt Mainz (6 145), der Landkreis Mainz und die Stadt Ludwigshafen (4 690 bzw. 3 866) sowie die Kreise Bad Dürkheim und Germersheim (3 674 bzw. 3 361). Die wenigsten Eigentumswohnungen wurden in der Stadt Zweibrücken (135) und im Landkreis Bitburg-Prüm (270) gebaut.

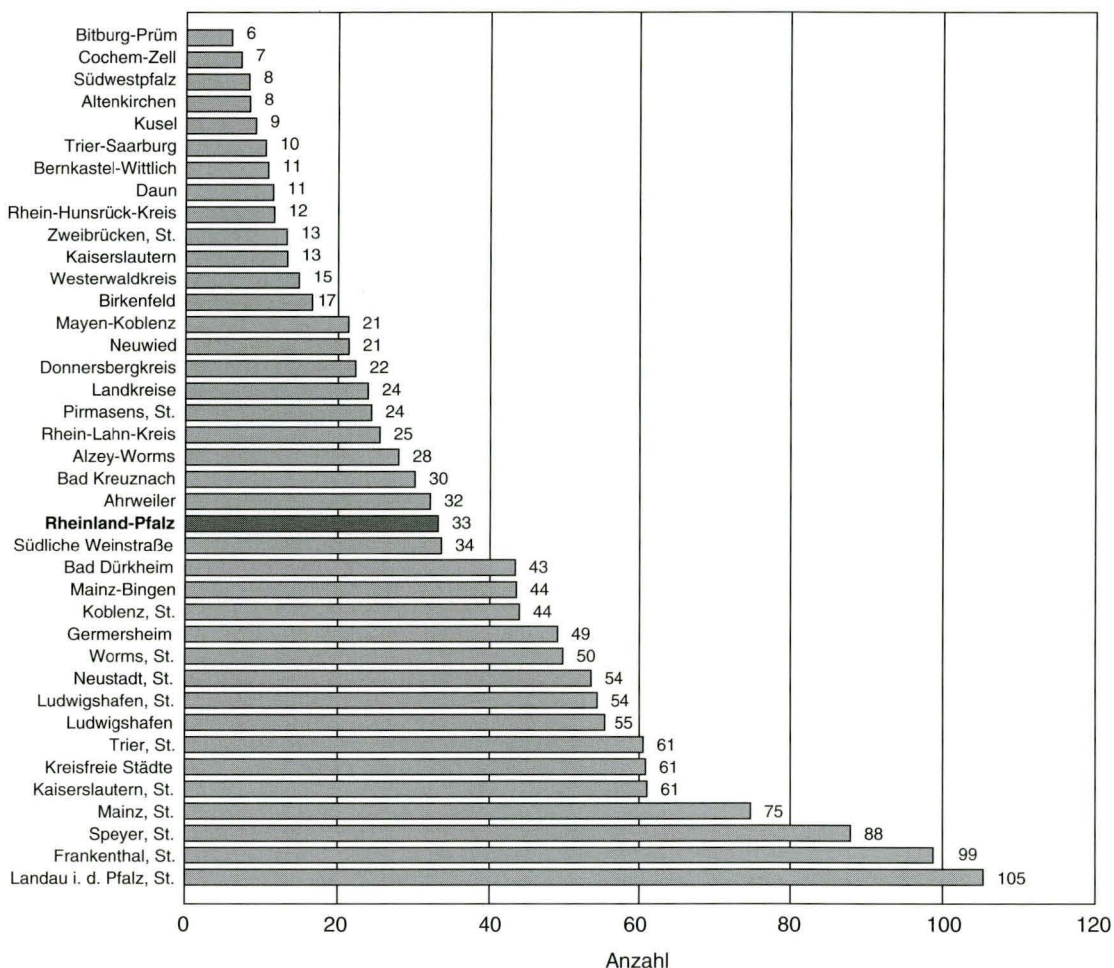
Fertig gestellte Wohnungen und Eigentumswohnungen im Wohnbau¹⁾ 1987-2001

Verwaltungsbezirk	Wohnungen insgesamt	Darunter	
		Eigentumswohnungen	Anteil an Wohnungen insgesamt
	Anzahl	%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	5 551	1 107	19,9
Landkreise			
Ahrweiler	10 612	1 609	15,2
Altenkirchen (Ww.)	9 495	710	7,5
Bad Kreuznach	11 296	2 432	21,5
Birkenfeld	5 069	862	17,0
Cochem-Zell	4 745	339	7,1
Mayen-Koblenz	17 060	1 977	11,6
Neuwied	12 929	1 581	12,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	7 527	565	7,5
Rhein-Lahn-Kreis	9 363	1 722	18,4
Westerwaldkreis	17 289	1 951	11,3
Kreisfreie Stadt Trier	6 855	2 197	32,0
Landkreise			
Bernkastel-Wittlich	6 976	412	5,9
Bitburg-Prüm	5 925	270	4,6
Daun	5 189	425	8,2
Trier-Saarburg	9 488	975	10,3
Kreisfreie Städte			
Frankenthal (Pfalz)	3 218	1 482	46,1
Kaiserslautern	5 757	1 397	24,3
Landau i. d. Pfalz	3 609	1 895	52,5
Ludwigshafen a. Rhein	9 134	3 866	42,3
Mainz	13 913	6 145	44,2
Neustadt a. d. Weinstr.	3 886	1 253	32,2
Pirmasens	1 170	340	29,1
Speyer	3 921	1 851	47,2
Worms	6 057	2 845	47,0
Zweibrücken	1 533	135	8,8
Landkreise			
Alzey-Worms	12 476	2 387	19,1
Bad Dürkheim	10 957	3 674	33,5
Donnersbergkreis	6 375	987	15,5
Germersheim	10 964	3 361	30,7
Kaiserslautern	9 894	791	8,0
Kusel	5 187	369	7,1
Südliche Weinstraße	8 548	2 213	25,9
Ludwigshafen	13 484	4 690	34,8
Mainz-Bingen	18 267	6 386	35,0
Südwestpfalz	6 286	466	7,4
Rheinland-Pfalz	300 005	65 667	21,9
kreisfreie Städte	64 604	24 513	37,9
Landkreise	235 401	41 154	17,5

1) Errichtung neuer Gebäude.

Mit dieser Entwicklung erhöhte sich im Landkreis Mainz-Bingen der Anteil der Eigentumswohnungen am gesamten Wohnungsbestand zwar auf 10%, dennoch weisen die Landkreise Ludwigshafen und Germersheim mit 12,3 bzw. 11,7% weiterhin die höchsten Anteilswerte unter den Landkreisen auf. Bei den kreisfreien Städten konnten die hohen Fertigstellungszahlen der zurückliegenden Jahre in Mainz und Ludwigshafen die Anteile der Eigentumswohnungen zwar auf 14,1 bzw. 11% erhöhen, aber die Stadt Landau, in der gut jede fünfte Wohnung eine Eigentumswohnung ist, nicht vom Spitzenplatz verdrängen. Auch die Städte Frankenthal und Speyer liegen mit Quoten von 20,7 und 18,5% vor den beiden größten Städten des Landes.

Eigentumswohnungen je 1000 Einwohner 2001 nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Eigentumswohnungen in immer mehr Gemeinden

Die zunehmende Bedeutung der Eigentumswohnungen in den Landkreisen schlägt sich auch in der Tatsache nieder, dass in immer mehr Gemeinden diese neue Form des Wohneigentums anzutreffen ist.

Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 gab es in jeder Zweiten der knapp 2 300 Landkreisgemeinden von Rheinland-Pfalz Eigentumswohnungen. Je nach Lage und räumlicher Struktur des Kreises variierte der Anteil sehr stark. In stadtnahen Bereichen waren die Werte höher als in ländlich geprägten Gebieten. Das beste Beispiel hierfür ist der Landkreis Ludwigshafen: In jeder der 25 zum Landkreis gehörenden Gemeinden wurden 1987 Eigentumswohnungen ermittelt. Das Gegenstück ist der Landkreis Bitburg-Prüm mit seinen 236, zumeist sehr kleinen, Ortsgemeinden: Hier waren nur in einem Viertel aller Gemeinden Eigentumswohnungen vorhanden. Durch die teilweise rege Bautätigkeit – insbesondere zu Beginn der 90er Jahre – hat sich zwischen 1987 und 2001 die Zahl der Gemeinden mit Eigentumswohnungen weiter erhöht. Sie stieg von 1 141 um 248 auf jetzt 1 389, das heißt in sechs von zehn Gemeinden sind inzwi-

schen Eigentumswohnungen vorhanden. Dies kann als Indiz dafür gelten, dass auch in kleineren Gemeinden Eigentumswohnungen häufiger als neue Form des Wohneigentums Beachtung finden.

Trotz dieser Entwicklung sind hinsichtlich der Bedeutung von Eigentumswohnungen für den Wohnungsmarkt weiterhin beträchtliche Unterschiede zwischen Stadt und Land, aber auch in sehr hohem Maß zwischen den verschiedenen Landkreisen vorhanden. Dies zeigt eine Betrachtung der Relation zwischen Eigentumswohnungen und Einwohnerzahl. So kommen im Landkreis Bitburg-Prüm auf 1 000 Einwohner nur sechs Eigentumswohnungen. Ähnlich niedrige Werte errechnen sich für die Landkreise Cochem Zell, Südwestpfalz, Altenkirchen und Kusel. Dagegen nehmen die in der Nähe größerer Städte liegenden Landkreise Ludwigshafen mit 55 Eigentumswohnungen je 1 000 Einwohner und Gernersheim (49) die Spitzenposition innerhalb der Landkreise ein und liegen damit noch deutlich vor den kreisfreien Städten Koblenz, Pirmasens und Zweibrücken.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Streuung betrieblicher Durchschnittsverdienste

– Eine Untersuchung auf Grundlage der laufenden Verdiensterhebung –

Der folgende Beitrag wurde während eines Praktikums im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz von Dirk Zeitz, Student der Volkswirtschaftslehre an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, erstellt.

Die laufende Verdiensterhebung (LVE) ermittelt vierteljährlich die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Das Ziel der laufenden Verdiensterhebung ist es, die Entwicklung der effektiven Verdienste im Zeitablauf darzustellen. Die Erhebung erfolgt auf Betriebsebene als geschichtete Stichprobe. Es wird das so genannte Summenverfahren angewendet, das heißt die Betriebe melden nicht den individuellen Verdienst eines Arbeitnehmers, sondern übermitteln die Verdienstsummen von Arbeitnehmergruppen, die nach Beschäftigungsart, Leistungsgruppe und Geschlecht bestimmt sind sowie die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Arbeitnehmergruppen. Die Angaben eines Betriebes werden mit schichtspezifischen Faktoren hochgerechnet. Aus den erfragten Angaben lassen sich die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von Beschäftigtengruppen für jeden erfassten Betrieb berechnen. Diese Größen werden hier als betriebliche Durchschnittsverdienste bezeichnet.

Methodik der Untersuchung

Im Folgenden sollen Verteilungen und Streuungen dieser betrieblichen Durchschnittsverdienste exemplarisch für den Erhebungsmonat April 2001 untersucht werden. Hierbei wird nach Beschäftigungsart und Geschlecht differenziert, um auf Besonderheiten bei einzelnen Beschäftigtengruppen eingehen zu können. Für die Berechnungen und die Analyse wurden aus dem vorliegenden Datenmaterial Streuungstabellen der betrieblichen Durchschnittsverdienste erstellt. Hierzu sind Bruttomonatsverdienstklassen mit einer ursprünglichen Breite von 100 DM bzw. 51,13 Euro gebildet worden. Jeder Stichprobenbetrieb wurde entsprechend der berechneten betrieblichen Durchschnittsverdienste einer Klasse zugeordnet. Die Kopfzahl einer von einem Betrieb gemeldeten Beschäftigtengruppe wurde mit dem Hochrechnungsfaktor für die Stichprobenschicht, der

der Betrieb angehört, hochgerechnet und nach Maßgabe des ermittelten Durchschnittsverdienstes der entsprechenden Bruttomonatsverdienstkasse zugeordnet. Durch Aggregation der so gewonnenen Daten ergaben sich Streuungstabellen für Arbeitnehmer insgesamt sowie für Angestellte und für Arbeiterinnen bzw. Arbeiter.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine personelle Verteilung, das heißt keine Verteilung von individuellen Verdiensten einzelner Beschäftigter, sondern eine mit Beschäftigtenzahlen gewichtete Verteilung betrieblicher Durchschnittsverdienste dargestellt wird. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse unbedingt zu beachten. Die Untersuchung kann jedoch zeigen, welche Verteilungen und Streuungen betrieblicher Durchschnittsverdienste hinter den veröffentlichten Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung stehen.

Hierfür werden zunächst die Streuungen der durchschnittlichen Verdienste auf Bruttomonatsverdienstkassen dargestellt. Danach sollen die Verteilungen der Verdienste mittels Lorenzkurve analysiert werden, um Aussagen über Verdienstunterschiede bei einzelnen Beschäftigtengruppen machen zu können. Dabei ist zu beachten, dass sich die Angaben für Arbeitnehmer aus den Angaben für Angestellte und für Arbeiter ergeben.

Große Unterschiede in der Höhe der Verdienste, aber auch bei der Streuung

Die monatlichen Verdienste der einzelnen Beschäftigtengruppen weichen erheblich voneinander ab. Arbeiterinnen verdienten mit durchschnittlich 1 815 Euro am wenigsten. Über den höchsten Verdienst (3 367 Euro) verfügten männliche Angestellte. Wenn man die betriebliche Verteilung betrachtet, die solchen Durchschnittswerten zugrunde liegt, dann fällt auf, dass die Anteile der Beschäftigten, die weniger verdienten als den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst bei allen Beschäftigtengruppen über 50% liegen. In der Einzelbetrachtung reichen die Anteile von 50,6% für die

Kennziffern der Verteilung betrieblicher Durchschnittsverdienste der Vollzeitbeschäftigten im April 2001

Kennziffer	Einheit	Ins-gesamt	Frauen	Männer	Angestellte			Arbeiter/-innen		
					zusammen	Frauen	Männer	zusammen	Frauen	Männer
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst	EUR	2 710	2 246	2 859	2 995	2 370	3 367	2 419	1 815	2494
Median	"	2 539	2 178	2 661	2 782	2 284	3 350	2 394	1 737	2 452
Unterer Quartilswert	"	2 136	1 812	2 261	2 260	1 947	2 650	2 053	1 509	2 153
Oberer Quartilswert	"	3 081	2 553	3 169	3 709	2 625	3 834	2 745	2 013	2 787
Quartilsabstand	"	945	741	908	1 449	678	1 234	692	504	634
Relativer Quartilsabstand	%	34,9	33,0	31,8	48,4	28,6	36,7	28,6	27,8	25,4
Anteil der Vollzeitbeschäftigten, deren Verdienst unter dem jeweiligen Durchschnitt lag	"	60,2	54,9	61,3	56,6	60,2	50,6	52,1	56,7	53,9
nachrichtlich: Vollzeitbeschäftigte (hochgerechnet)	Anzahl	346 061	83 962	262 099	174 744	65 242	109 502	171 317	18 720	152 597

männlichen Angestellten bis zu 61,3% für die männlichen Arbeitnehmer. Das bedeutet, es liegt eine mehr oder weniger deutliche, jedoch bei allen Beschäftigtengruppen ersichtlich rechtsschiefe Ausprägung der Streuungen der betrieblichen Durchschnittsverdienste vor.

Eine weitere Kennziffer ist der relative Quartilsabstand, der als Maß für die Streuung der betrieblichen Durchschnittsverdienste der Beschäftigten um den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst aller Beschäftigten in allen Betrieben zu verstehen ist und die Streuungsbreite angibt. Er stellt die Differenz zwischen dem Verdienst, der von 25% der Beschäftigten erreicht wird und dem Verdienst, den 75% der Beschäftigten erreichen, im Verhältnis zum durchschnittlichen Verdienst dar. Die Streuungsbreite ist bei männlichen Arbeitern mit 25,4% am geringsten, bei Angestellten insgesamt ist die Streuungsbreite mit 48,4% am größten. In diesen Werten spiegeln sich die unterschiedlichen Streuungen der Verdienste über Bruttomonatsverdienstkassen innerhalb der einzelnen Beschäftigtengruppen wider. Es gilt, je größer die Streuung um das arithmetische Mittel, desto geringer ist die Aussagekraft des arithmetischen Mittels.

Die Anteile der einzelnen Beschäftigtengruppen an den jeweiligen Verdienstkassen können auch unmittelbar analysiert werden. Hierfür wurden die ursprünglichen Verdienstkassen zu einer Breite von 1 000 DM bzw. 511,29 Euro zusammengefasst. Innerhalb der Beschäftigtengruppe mit dem höchsten Prozentsatz unterdurchschnittlich Verdienender, den männlichen Arbeitnehmern, sind erwartungsgemäß die unteren Verdienstkassen deutlich stärker besetzt als die oberen. In der Verdienstkasse, die den Durchschnittswert beinhaltet und in der unmittelbar darunter liegenden Verdienstkasse zusammen (2 045 Euro bis 3 068 Euro) zeigt sich mit 55,9% eine Konzentration der Verdienste. Die höheren Klassen betrieblicher Durchschnittsverdienste sind zunehmend dünner besetzt.

Die Arbeitnehmer untergliedern sich in Angestellte und Arbeiterinnen bzw. Arbeiter. Wenn man diese beiden Untergruppen für die männlichen Arbeitnehmer betrachtet, dann fällt auf, dass hier die Anteilswerte der Beschäftigten, deren Verdienst unter dem jeweiligen Durchschnittsverdienst liegt, deutlich kleiner sind, als dies für die Männer zusammen der Fall ist.

Bei den männlichen Arbeitnehmern insgesamt verdienen 61,3% weniger als der Durchschnitt, für die männlichen Angestellten beläuft sich dieser Prozentsatz jedoch nur auf 50,6% und für die Arbeiter auf 53,9%. Erklärbar wird dieser scheinbare Widerspruch durch einen Blick auf die jeweiligen Anteile der Beschäftigten in den Bruttomonatsverdienstkassen. Die Anteile männlicher Angestellter an den oberen Verdienstkassen sind bedeutend größer als die entsprechenden Anteile der Arbeiter, so dass beim Ergebnis für alle männlichen Arbeitnehmer die hohen Anteile von Arbeitern mit geringen Verdiensten für das große Gewicht unterer Verdienstkassen am Gesamtergebnis ursächlich sind. Während die Verdienste bei Angestellten annähernd normalverteilt sind, liegt bei Arbeitern eine eindeutig rechtsschiefe Verteilung der Verdienste vor. Zudem trägt das geringere Verdienstniveau der Arbeiter (2 494 Euro) zu diesem Gesamtergebnis bei.

Verteilung der Verdienste

Ob bei den Beschäftigtengruppen, bei denen hohe Anteile der Beschäftigten den durchschnittlichen Verdienst nicht erreichen, auch eine ungleichere Verteilung der Verdienste vorliegt, soll mit Hilfe der Lorenzkurve analysiert werden. Die Lorenzkurve gibt an, wie viel Prozent der Beschäftigten über wie viel Prozent der Verdienstsomme verfügen. Wenn alle Beschäftigten das Gleiche verdienen, dann entspräche die Lorenzkurve in einem Diagramm, auf dessen einer Achse die Beschäftigten und auf dessen anderer Achse die Verdienstsomme abgebildet sind, einer Geraden aus dem Ursprung bzw. bei einer Darstellung in Prozentwerten der

Verteilung der betrieblichen Durchschnittsverdienste der Vollzeitbeschäftigten im April 2001 nach Verdienstkassen und Beschäftigtengruppen

Bruttomonats- verdienstkassen in Euro	Insgesamt	Frauen	Männer	Angestellte			Arbeiter/-innen		
				zusammen	Frauen	Männer	zusammen	Frauen	Männer
	%								
0 - 1 023	0,1	0,3	0,0	0,1	0,2	0,0	0,1	0,6	0,1
1 023 - 1 534	2,9	9,3	0,9	2,0	4,2	0,7	3,9	27,0	1,0
1 534 - 2 045	17,4	31,6	12,8	14,1	26,3	6,8	20,7	50,0	17,1
2 045 - 2 556	30,6	33,9	29,6	22,3	38,0	12,9	39,1	19,7	41,5
2 556 - 3 068	23,4	14,4	26,3	20,0	17,8	21,3	26,8	2,6	29,8
3 068 - 3 579	10,7	7,1	11,8	12,5	9,1	14,5	8,8	0,1	9,9
3 579 - 4 090	7,8	1,6	9,7	14,9	2,0	22,6	0,5	0,0	0,5
4 090 - 4 602	3,3	0,9	4,0	6,4	1,1	9,5	0,1	0,0	0,1
4 602 - 5 113	3,0	0,7	3,7	5,9	0,9	8,9	0,0	0,0	0,0
5 113 - 5 624	0,6	0,2	0,7	1,2	0,2	1,7	0,0	0,0	0,0
5 624 - 6 136	0,2	0,0	0,2	0,4	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0
6 136 - 6 647	0,1	0,0	0,2	0,3	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0
6 647 - 7 158	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
7 158 - 7 669	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
7 669 - 8 181	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Durchschnittlicher Brutto- monatsverdienst in Euro	2 710	2 246	2 859	2 995	2 370	3 367	2 419	1 815	2 494

Verteilung der Bruttomonatsverdienstsumme auf Beschäftigte¹⁾ im April 2001

Anteil der Beschäftigten in %	Insgesamt	Frauen	Männer	Angestellte			Arbeiter/-innen		
				zusammen	Frauen	Männer	zusammen	Frauen	Männer
	Anteil der Bruttomonatsverdienstsumme in %								
20	13,0	13,5	13,5	12,2	14,0	12,5	14,3	14,3	15,1
40	29,5	30,3	30,0	27,9	31,1	28,9	32,1	32,2	33,0
60	48,3	49,7	48,8	46,6	50,3	48,9	52,2	51,8	52,9
80	70,1	71,5	70,5	70,0	71,8	71,5	74,4	73,8	75,0
nachrichtlich: Gini-Koeffizient (%)	15,6	14,0	14,9	23,3	13,1	15,3	10,8	11,2	9,6

1) Vollzeitbeschäftigte.

Winkelhalbierenden. Je ungleicher die Verteilung, desto weiter biegt sich die Lorenzkurve von der Ursprungsgeraden weg.

Somit bietet die Lorenzkurve einen erweiterten Blick auf die Verteilung der Daten. Geht es bei den Nichterreichungsquoten von Durchschnittsverdiensten lediglich um die Anzahl der Beschäftigten ohne zu berücksichtigen wie viel der Verdienst unter dem Durchschnitt liegt, so werden mit der Lorenzkurve neben der Verteilung der Verdienste auch die Verdienstunterschiede innerhalb der Beschäftigtengruppen betrachtet. Der aus den Angaben zur Lorenzkurve und der Gleichverteilungsgeraden berechenbare Gini-Koeffizient gibt die relative Abweichung der jeweiligen Lorenzkurve zur perfekten Gleichverteilung an. Die Ergebnisse zeigen, dass ein höherer Anteil Beschäftigter, der weniger als den Durchschnitt verdient nicht notwendigerweise eine ungleichere Verteilung der Verdienste bedeuten muss. Für Angestellte insgesamt ergibt sich beispielsweise ein Gini-Koeffizient von 23,3%, bei einem Anteil derer, die weniger als den durchschnittlichen Verdienst erhalten von 56,6%. Für die Gruppe der männlichen Arbeitnehmer weist der Gini-Koeffizient mit einem Wert von 14,9% eine größere Gleichverteilung aus, jedoch erreichen hier 61,3% der Beschäftigten den durchschnittlichen Verdienst nicht. Zur Erklärung dieses Sachverhaltes sollte berücksichtigt werden, dass nicht nur die Streuung der Verdienste um den durchschnittlichen Verdienst, sondern auch Streuungsbreite und Verdiensthöhe betrachtet werden müssen. Zum Beispiel reichen die Verdienste der Angestellten bis zu einer Höhe von 8 161 Euro, die der Arbeiter nur bis zu einem Spitzenwert von 4 602 Euro.

Fazit

Die Auswertung der Daten aus der laufenden Verdiensterhebung für den Berichtsmonat April 2001 ergab zusammengefasst folgende Ergebnisse:

- Es bestehen große Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen hinsichtlich Höhe und Streuung der Verdienste. Alle durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste sind rechtsschief verteilt. Die Ursachen für die Unterschiede können durch die Verteilung der Verdienste auf Bruttomonatsverdienstklassen und die Streuungsbreite erklärt werden.

- Frauen verdienen weniger als Männer, Angestellte mehr als Arbeiter bzw. Arbeiterinnen. Ursachen hierfür sind: Der Frauenanteil in den unteren Verdienstklassen ist höher und die Verdienste streuen in einem kleineren nach oben begrenzten Intervall. (Für Frauen wurden keine Verdienste oberhalb von 6 136 Euro ermittelt.) Bei Arbeitern bzw. Arbeiterinnen sind sämtliche Verdienstklassen oberhalb von 4 602 Euro unbesetzt. Die Anteile von Frauen und Männern an den Leistungsgruppen bestätigen die Feststellung. Die Frauenanteile in oberen Leistungsgruppen sind ähnlich gering wie in den oberen Verdienstklassen.
- Die Streuung der Verdienste um den durchschnittlichen Verdienst ist bei den Arbeiterinnen und Arbeitern aufgrund der kleineren Verdienstunterschiede relativ gering. Bei Angestellten insgesamt liegt mit 48,4% der höchste Wert für den relativen Quartilsabstand vor. Hierfür ursächlich sind die großen Anteile weiblicher Angestellten an den unteren Verdienstklassen und die geringere Streuungsbreite der Verdienste der Frauen im Vergleich zu den männlichen Angestellten.
- Die Angaben über Anteile von Beschäftigten, die weniger verdienen als den durchschnittlichen Verdienst sagt noch nichts Endgültiges über eine ungleiche Verteilung der Verdienste aus. Hierfür wird die Lorenzkurve genutzt, um darzustellen, über wie viel Prozent der Gesamtverdienste ein bestimmter Anteil der Beschäftigten verfügt. Die Verdienste der Arbeiter sind gleicher verteilt als die Verdienste der Angestellten, wobei die Verdienste von Arbeiterinnen ungleicher als die Verdienste von Arbeitern verteilt sind, bei weiblichen Angestellten jedoch liegt eine höhere Tendenz zur Gleichverteilung vor als bei männlichen Angestellten. Durch die verschiedenen Gewichte der Verdienstklassen am Gesamtergebnis kommt es bei der Betrachtung der Arbeitnehmer insgesamt zu einer gleicheren Verteilung der Verdienste als bei Angestellten. Die Verdienste der Arbeitnehmerinnen sind gleicher verteilt als die der männlichen Arbeitnehmer. Es besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen ungleicher Verteilung der Verdienste und hohen Anteilen Beschäftigter, deren Verdienst unter dem Durchschnitt liegt.

Dirk Zeitz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2000	2001					2002		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 035 ¹⁾	4 049 ¹⁾	4 034	4 034	4 037	4 049	4 049	4 049	4 048
darunter Ausländer ²⁾	1 000	302 ¹⁾	308 ¹⁾	303	304	305	308	309	310	311
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 844	1 717	597	749	1 210	2 481	547	1 306	1 158
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 152	2 982	3 004	2 750	2 942	2 873	2 273	2 636	2 741
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,4	8,9	8,8	8,9	8,6	8,4	6,6	8,5	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 507	3 519	3 879	3 361	3 728	3 722	3 797	3 418	3 640
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	11,3	10,9	10,9	10,8	11,0	11,0	10,6
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	16	13	14	10	15	12	9	14	8
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	5,1	4,3	4,7	3,6	5,1	4,2	4,0	5,3	2,9
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 355	- 537	- 875	- 611	- 786	- 849	-1 524	- 782	- 899
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,1	- 1,6	- 2,6	- 2,0	- 2,3	- 2,5	- 4,4	- 2,5	- 2,6
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 081	9 375	9 376	7 290	8 920	7 678	9 060	7 620	8 017
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 717	2 919	3 190	2 296	2 984	1 899	2 903	2 383	2 567
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 411	7 629	8 785	6 533	4 650	6 473	7 827	6 804	7 447
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 139	1 816	2 009	1 568	1 711	1 599	1 707	1 469	1 585
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	671	1 746	591	757	4 270	1 205	1 233	816	570
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 496	13 180	12 692	10 714	12 394	14 088	12 037	10 920	11 241
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1998	1999	2000			2001			
		30. 6.		31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 159	1 175	1 188	1 191	1 215	1 199	1 192	1 194	1 215
* Frauen	1 000	500	507	518	518	530	527	526	525	535
* Ausländer/-innen	1 000	79	75	75	77	80	76	77	78	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	172	170	180	184	186	188	190	193	194
* darunter Frauen	1 000	156	153	160	162	164	165	167	169	170
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	13	14	14	12	13	13	14
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	367	360	362	361	366	362	361	358	360
* Baugewerbe	1 000	94	93	91	92	95	90	87	88	91
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	256	264	265	268	273	268	265	268	275
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	120	127	132	134	138	136	137	138	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	309	317	325	322	329	329	329	329	332

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2002 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	138 337	134 801	129 485	130 221	134 044	140 698	138 112	138 421	143 136
* Frauen	Anzahl	63 800	61 894	60 858	60 859	61 648	63 306	61 792	61 832	63 145
Männer	Anzahl	74 537	72 907	68 627	69 362	72 396	77 392	76 320	76 589	79 991
darunter										
Bauberufe	Anzahl	6 745	7 009	5 715	5 865	6 456	6 465	6 398	6 516	7 063
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	38 827	37 562	35 494	35 827	37 427	39 649	39 056	38 990	40 657
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	8,1	7,6	7,2	7,3	7,5	7,8	7,6	7,7	7,9
* Frauen	%	8,3	7,6	7,4	7,4	7,5	7,5	7,4	7,4	7,5
* Männer	%	7,9	7,6	7,1	7,2	7,5	8,0	7,9	7,9	8,3
* Ausländer/-innen	%	16,0	15,7	15,1	15,4	16,3	16,2	16,1	16,4	17,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,8	7,3	7,0	6,7	6,9	8,1	7,6	7,1	7,3
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 446	3 296	2 643	3 685	5 448	4 820	7 658	8 537	7 894
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 146	32 008	31 871	24 700	23 343	33 331	30 243	23 248	21 885
darunter										
Bauberufe	Anzahl	898	654	617	549	473	680	621	531	453
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 741	7 162	7 421	6 956	6 538	6 564	6 399	5 680	5 097
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	903	757	866	660	713	883	619	771	743
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	844	718	823	625	669	857	585	737	713
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	59	40	43	35	44	26	34	34	30
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	3	-	-	-	1	3	1	1
Unternehmen	Anzahl	164	102	85	60	107	98	48	133	80
private Haushalte	Anzahl	735	653	781	600	606	784	568	637	662
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 382	1 065	1 195	921	1 009	1 137	825	1 143	932
* Umbauter Raum	1 000 m ³	949	768	851	666	708	848	615	774	671
* Wohnfläche	1 000 m ²	170	137	152	120	130	153	109	142	123
Wohnräume	Anzahl	7 387	5 948	6 693	5 189	5 620	6 716	4 841	6 182	5 342
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	214	173	193	151	160	193	136	171	152
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	184	161	154	151	181	153	122	146	145
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	20	18	18	22	13	22	16	16	13
Unternehmen	Anzahl	158	137	133	121	158	124	103	121	123
private Haushalte	Anzahl	6	6	3	8	10	7	3	9	9
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	42	31	14	20	14	72	11	8	11
* Umbauter Raum	1 000 m ³	988	1 051	842	815	1 327	625	485	1 159	1 251
* Nutzfläche	1 000 m ²	151	148	117	118	155	106	73	152	157
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	101	95	67	82	69	72	49	125	110
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 576	1 227	1 355	1 059	1 144	1 340	956	1 222	1 029
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 500	6 929	7 718	6 138	6 491	7 954	5 793	7 078	6 102

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	11 571	10 934	11 103	10 931	11 806	9 838	9 320	10 154	11 305
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 749	2 678	2 916	3 044	3 138	2 298	2 592	2 549	3 436
* Kälber	t	24	25	25	20	29	12	19	17	25
* Schweine	t	8 672	8 099	8 038	7 754	8 513	7 450	6 615	7 508	7 744
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 631	13 029	13 012	13 442	14 447	9 980	10 267	10 165	10 391
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 033	62 436	63 399	60 116	61 430	65 994	63 426	60 005	60 474
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 308	2 390	2 398	2 390	2 390	2 380	2 375	2 374	2 373
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	303 460	301 466	303 267	302 652	301 562	296 502	297 687	297 327	295 916
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	193 426	192 058	193 385	192 411	191 818	187 049	187 579	186 726	185 492
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	25 658	25 172	25 537	24 878	26 267	24 459	23 633	24 495	25 374
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	885	900	853	835	862	870	838	841	855
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	466	472	461	441	466	458	441	439	455
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	419	429	393	394	396	411	398	402	400
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 106	5 160	5 087	5 053	5 363	5 402	4 960	5 339	5 389
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 973	2 893	2 781	2 772	2 973	3 053	2 791	3 012	3 013
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 149	1 226	1 192	1 230	1 283	1 312	1 117	1 288	1 290
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	111	121	120	126	104	91	104	108
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	879	930	993	932	981	933	961	934	979
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 072	2 176	2 056	2 096	2 233	2 403	2 115	2 292	2 328
Exportquote ⁶⁾	%	40,6	42,2	40,4	41,5	41,6	44,5	42,7	42,9	43,2
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	137	129	99	109	122	105	104	120	132
Energieverbrauch	1 000 GJ	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
		53 842	50 639	55 849	49 852	45 867	50 989	53 609	44 449	46 475
		2 007	1 604	1 788	1 675	1 531	1 424	1 076	1 092	1 253
		36 253	34 390	38 881	33 822	29 958	34 900	37 458	28 685	30 340
		2 569	1 985	2 338	1 750	1 580	2 271	2 290	1 724	1 540
Kohleverbrauch	1 000 GJ	13 012	12 660	12 842	12 606	12 798	12 394	12 786	12 949	13 342
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 GJ									
Heizölverbrauch	1 000 GJ									
Stromverbrauch	1 000 GJ									
Energie- und Wasser- versorgung		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	87	87	87	85	85	85	85
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	12 389	10 855	10 826	10 821	10 769	10 841	10 961	11 008	10 975
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	5 945	4 823	4 812	4 817	4 792	4 698	4 778	4 798	4 778
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000 h	751	607	620	600	633	1 398	1 351	1 410	1 457
Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	39	33	30	30	39	33	31	31	40
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	16	12	11	12	15	13	12	12	15
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	20	19	19	24	20	19	19	25
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	555	600	525	513	644	515	266	376	618
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	537	585	513	500	632	504	258	361	606
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 774	5 971	3 875	4 545	5 228	4 005	3 465	4 408	5 994

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	46 850	44 678	45 485	44 984	44 753	43 054	43 150	42 629	42 322
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 989	4 494	5 231	4 877	5 218	4 594	4 502	4 703	4 680
* Wohnungsbau	1 000 h	2 192	1 805	2 001	1 885	2 028	1 814	1 706	1 727	1 715
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 241	1 154	1 341	1 252	1 313	1 153	1 098	1 169	1 218
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 556	1 535	1 889	1 740	1 877	1 627	1 698	1 807	1 747
darunter Straßenbau	1 000 h	723	695	881	812	894	744	822	861	819
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	102	98	105	96	101	102	100	96	98
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	74	81	73	79	78	77	73	75
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	25	23	22	24	24	23	23
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	370	352	397	372	407	411	369	378	392
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	110	115	113	120	125	123	114	118
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	112	103	115	107	118	121	90	117	113
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	134	140	167	151	170	165	155	147	161
darunter Straßenbau	Mill. EUR	58	63	74	71	84	75	76	70	77
Ausbaugewerbe (Bauplanung und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	402	394	398	394	393	392	388	390	386
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 308	13 850	14 068	13 754	13 869	13 707	13 411	13 228	13 395
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 398	4 194	4 212	4 126	4 262	4 176	3 866	3 971	4 017
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	91	89	86	88	87	97	83	86	87
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	63	61	62	62	69	58	60	62
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	27	26	26	26	25	28	24	26	25
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	309	290	230	270	284	377	229	269	289
HANDEL		2000	2001				2002			
Großhandel ^P		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2000=100	97,0	97,5	98,9	99,5	97,9	94,3	94,8	95,1	95,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	98,3	100,5	102,2	106,0	102,1	102,5	102,2	103,1	102,9
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	115,1	99,6	106,3	103,8	111,6	100,5	95,6	100,5	106,8
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	113,2	98,6	103,9	101,7	111,0	99,9	94,4	98,3	105,7
Einzelhandel ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,5	101,9	101,8	102,2	102,7	101,4	101,8	102,0	102,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	101,8	101,6	101,5	102,4	103,9	104,1	104,1	104,6
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,5	102,3	100,7	99,4	102,1	101,1	99,3	97,2	103,5
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,2	100,7	98,7	97,1	100,1	99,4	97,8	95,4	101,7
Kfz-Handel und Tankstellen ^P										
* Beschäftigte	2000=100	99,9	98,9	98,5	100,1	100,4	101,5	102,9	103,6	104,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,1	100,7	101,2	101,5	102,9	107,6	107,4	107,0	111,2
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	99,3	101,0	95,5	95,3	101,8	107,2	95,1	98,7	109,6
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	98,9	99,3	93,6	93,2	99,6	103,9	92,3	95,6	106,3
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,3	100,6	107,7	106,0	105,0	103,8	103,9	104,7	104,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,3	99,8	109,3	105,1	104,0	106,0	105,5	106,6	106,7
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,5	102,8	112,7	115,8	114,0	109,3	111,3	115,5	108,9
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,5	101,1	107,9	113,8	111,8	100,7	102,9	109,6	103,2

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gästeankünfte	1 000	541	515	677	744	686	583	634	728	686
* darunter von Auslandsgästen	1 000	113	104	155	125	114	149	149	121	110
* Gästeübernachtungen	1 000	1 596	1 535	2 110	2 111	2 050	2 000	2 043	2 056	1 991
* darunter von Auslandsgästen	1 000	324	299	511	340	322	516	506	336	314
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 384	10 535	9 773	10 882	10 615	10 103	9 894	10 443	10 647
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 578	1 558	1 669	1 918	1 643	1 840	1 687	1 857	1 877
* Getötete Personen	Anzahl	30	26	27	30	35	39	34	27	33
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	15	14	16	26	20	26	12	17
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	10	8	5	13	6	11	9
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	2	-	2	-	-	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	-	3	3	3	2	2	4
* Verletzte Personen	Anzahl	2 095	2 075	2 220	2 533	2 186	2 382	2 189	2 489	2 378
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	458	424	461	547	456	538	446	550	488
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	253	229	189	271	262	209	217	248	210
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	88	140	146	89	173	116	138	140
Radfahrer	Anzahl	44	45	88	83	45	82	65	99	64
Fußgänger	Anzahl	46	44	26	36	35	47	30	35	48
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 744	16 807	15 638	15 409	15 666	18 450	16 300	14 576	15 864
darunter										
Kraftträder	Anzahl	1 109	975	1 246	1 065	534	1 366	1 143	873	528
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	15 265	14 525	13 197	13 138	13 893	15 800	13 996	12 619	14 118
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	917	791	882	872	862	741	775	894
* Zugmaschinen	Anzahl	219	200	204	176	191	233	190	164	174
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Beförderte Personen	1 000	69 962	70 711	73 617	71 499	63 562	74 166	75 930	72 587	64 244
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	65 530	66 331	69 335	66 914	59 366	69 710	72 345	68 273	60 305
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 011	1 045	917	1 065	1 110	1 089	878	1 026	1 040
Binnenschifffahrt		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Güterempfang	1 000 t	1 335	1 278	1 483	1 356	1 267	1 206	1 379	1 363	1 170
* Güterversand	1 000 t	825	806	857	858	813	820	827	810	800
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 044	2 137	2 260	2 088	1 963	2 324	2 245	2 066	2 181
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	101	135	143	144	132	150	155	139	146
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 942	2 003	2 117	1 944	1 831	2 174	2 090	1 927	2 036
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	16	14	14	13	17	15	17	16
* Halbwaren	Mill. EUR	74	83	83	79	68	91	66	65	78
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 849	1 904	2 019	1 851	1 750	2 066	2 009	1 846	1 941
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	607	599	647	645	564	718	619	636	616
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 243	1 305	1 372	1 206	1 185	1 348	1 390	1 210	1 325

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2000	2001			2002				
		Durchschnitt	Jul	Aug.	Sept.	Jun	Jul	Aug.	Sept.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 495	1 549	1 653	1 473	1 409	1 760	1 648	1 488	1 523
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 022	1 404	1 313	1 147	1 113	1 604	1 479	1 339	1 374
Belgien	Mill. EUR	132	140	148	132	128	150	125	156	136
Luxemburg	Mill. EUR	21	26	24	26	19	24	21	24	21
Dänemark	Mill. EUR	30	31	36	31	27	38	27	31	28
Finnland	Mill. EUR	13	16	16	19	15	19	16	19	23
Frankreich	Mill. EUR	280	292	315	277	256	328	300	251	272
Griechenland	Mill. EUR	18	19	19	20	21	30	27	17	19
Großbritannien	Mill. EUR	152	152	179	155	131	174	191	157	161
Irland	Mill. EUR	9	10	8	9	11	9	7	9	8
Italien	Mill. EUR	162	167	179	116	162	212	200	127	173
Niederlande	Mill. EUR	115	118	120	112	96	144	140	117	118
Österreich	Mill. EUR	87	94	94	85	83	99	87	94	90
Schweden	Mill. EUR	36	34	32	30	34	38	30	31	33
Spanien	Mill. EUR	101	119	126	117	107	141	145	106	118
Portugal	Mill. EUR	19	20	17	20	23	23	17	20	18
* Afrika	Mill. EUR	38	49	55	47	48	44	53	40	63
* Amerika	Mill. EUR	240	249	252	265	234	235	254	244	284
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	174	179	176	191	167	180	188	183	217
* Asien	Mill. EUR	255	274	278	286	255	262	269	271	293
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	53	53	65	58	43	52	49	50
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	16	21	16	17	23	20	23	19
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 525	1 480	1 516	1 310	1 301	1 305	1 507	1 383	1 394
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	132	136	118	109	130	144	129	130	121
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 393	1 345	1 398	1 201	1 171	1 161	1 378	1 254	1 273
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	34	52	19	23	22	45	53	40
* Halbwaren	Mill. EUR	242	197	217	212	209	152	221	164	175
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 128	1 113	1 129	969	940	988	1 112	1 036	1 058
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	285	295	244	226	210	343	284	251
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	843	828	834	725	714	778	769	753	807
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 208	1 132	1 166	956	988	1 022	1 195	1 090	1 113
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	798	1 093	944	752	820	932	1 204	1 018	1 053
Belgien	Mill. EUR	145	146	118	125	152	104	223	151	138
Luxemburg	Mill. EUR	22	24	25	20	16	21	21	18	23
Dänemark	Mill. EUR	31	36	63	31	30	35	25	7	54
Finnland	Mill. EUR	8	6	6	5	5	10	7	5	4
Frankreich	Mill. EUR	213	192	212	136	202	192	181	187	213
Griechenland	Mill. EUR	1	3	3	2	2	2	2	2	3
Großbritannien	Mill. EUR	63	75	71	73	57	62	59	70	52
Irland	Mill. EUR	12	11	26	8	7	17	12	11	7
Italien	Mill. EUR	99	99	102	77	77	104	97	93	83
Niederlande	Mill. EUR	209	179	166	174	141	122	182	183	164
Österreich	Mill. EUR	43	46	63	26	40	42	33	45	41
Schweden	Mill. EUR	35	26	18	16	37	22	40	16	47
Spanien	Mill. EUR	69	62	53	45	38	64	63	48	48
Portugal	Mill. EUR	17	19	20	16	17	12	16	15	16
* Afrika	Mill. EUR	30	34	42	34	21	32	34	23	28
* Amerika	Mill. EUR	122	152	138	160	132	111	115	106	111
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	102	125	100	137	93	95	96	93	80
* Asien	Mill. EUR	160	157	166	156	153	134	157	158	137
darunter aus Japan	Mill. EUR	37	32	32	34	26	24	35	36	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	5	3	7	7	6	6	5
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2000	2001			2002				
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul	Aug.	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 150	3 106	3 116	2 867	3 011	3 154	3 001	2 945	2 975
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 653	2 626	2 416	2 268	2 577	2 569	2 349	2 320	2 510

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	145	184	189	192	189	387	383	362	...
davon										
Unternehmen einschließlich										
Kleingewerbe	Anzahl	91	107	109	109	107	117	142	116	...
natürliche Personen als Ge-										
sellschafter u.Ä., Nachlässe ¹⁾	Anzahl	15	15	10	12	8	124	121	127	...
Verbraucher	Anzahl	39	62	70	71	74	146	120	119	...
Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	54	69	51	87	66	138	277	130	...
HANDWERK ²⁾		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	94,2	90,6	90,6	89,5	90,9	89,7	87,8	86,7	87,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	103,3	102,3	93,9	100,9	102,5	112,0	86,7	97,0	93,6
PREISE		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995=100	106,8	109,3	109,4	109,2	109,3	110,9	110,8	110,3	110,5
VERDIENSTE ⁴⁾		2000 ^f	2001 ^f				2002			
		Durchschnitt	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
* Bruttomonatsverdienste der Arbei- ter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 393	2 415	2 419	2 438	2 425	2 359	2 459	2 484	2 500
* Männer	EUR	2 466	2 487	2 494	2 511	2 497	2 424	2 532	2 555	2 574
* Frauen	EUR	1 797	1 821	1 815	1 830	1 823	1 824	1 839	1 870	1 861
* Bruttostundenverdienste der Arbei- ter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	14,39	14,60	14,57	14,62	14,65	14,79	14,89	15,05	15,13
* Männer	EUR	14,79	15,01	14,98	15,01	15,05	15,23	15,29	15,45	15,53
darunter										
Facharbeiter	EUR	15,83	16,12	16,09	16,17	16,18	16,35	16,35	16,56	16,64
angelernte Arbeiter	EUR	14,23	14,41	14,36	14,44	14,44	14,55	14,63	14,80	14,82
Hilfsarbeiter	EUR	12,01	12,13	12,21	12,08	12,12	12,25	12,42	12,54	12,58
* Frauen	EUR	11,03	11,23	11,18	11,28	11,27	11,26	11,39	11,54	11,57
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,44	10,55	10,53	10,61	10,53	10,48	10,57	10,72	10,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,3	38,0	38,2	38,4	38,1	36,7	38,0	38,0	38,0
Arbeiter	h	38,4	38,1	38,3	38,5	38,2	36,6	38,1	38,1	38,1
Arbeiterinnen	h	37,5	37,3	37,4	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzie- renden Gewerbe	EUR	3 383	3 475	3 466	3 483	3 487	3 512	3 549	3 586	3 601
* Männer	EUR	3 660	3 751	3 742	3 761	3 764	3 788	3 827	3 864	3 877
* Frauen	EUR	2 603	2 684	2 671	2 691	2 699	2 719	2 752	2 787	2 806
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 097	3 181	3 174	3 180	3 197	3 229	3 264	3 291	3 315
Männer	EUR	3 576	3 660	3 655	3 653	3 680	3 728	3 767	3 783	3 806
Frauen	EUR	2 545	2 628	2 616	2 638	2 643	2 660	2 690	2 723	2 741
* technische Angestellte	EUR	3 615	3 708	3 696	3 722	3 717	3 732	3 772	3 817	3 826
Männer	EUR	3 699	3 794	3 782	3 811	3 803	3 816	3 855	3 902	3 910
Frauen	EUR	2 825	2 894	2 882	2 893	2 909	2 943	2 988	3 027	3 050
* Bruttomonatsverdienste der Ange- stellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 497	2 592	2 564	2 599	2 617	2 675	2 656	2 698	2 702
* Männer	EUR	2 778	2 882	2 865	2 881	2 907	2 976	2 949	2 993	2 996
* Frauen	EUR	2 154	2 232	2 199	2 241	2 255	2 292	2 279	2 310	2 319
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 502	2 603	2 573	2 610	2 630	2 690	2 674	2 709	2 713
Männer	EUR	2 832	2 952	2 932	2 952	2 981	3 054	3 038	3 070	3 069
Frauen	EUR	2 159	2 239	2 204	2 248	2 262	2 300	2 283	2 313	2 329
* Bruttomonatsverdienste aller Ange- stellten im produzierenden Ge- werbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Ge- brauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 932	3 030	3 010	3 039	3 052	3 100	3 112	3 152	3 165

1) Ab Dezember 2001 einschließlich ehemals selbständig Tätige. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002		
		Durchschnitt	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	103 350	109 195	107 120	108 504	109 861	111 294	111 559	113 379
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 581	14 273	14 412	14 066	14 238	14 374	13 955	13 620
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 011	10 565	10 296	10 623	10 501	10 839	11 135	10 887
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	79 758	84 358	82 412	83 815	85 122	86 081	86 469	88 872
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	97 596	102 591	100 636	101 804	103 559	104 365	104 767	106 865
davon an									
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	87 502	90 728	89 506	90 364	91 278	91 765	91 869	94 218
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 094	11 863	11 130	11 440	12 281	12 600	12 898	12 647
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 755	6 604	6 484	6 700	6 302	6 929	6 792	6 514
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	74 619	77 100	74 935	76 244	76 977	80 242	79 143	79 752
Sichteinlagen	Mill. EUR	15 940	17 886	16 296	17 273	18 188	19 788	19 459	20 186
Termineinlagen	Mill. EUR	22 169	23 500	22 861	23 435	23 514	24 188	23 786	24 306
Sparbriefe	Mill. EUR	5 424	5 568	5 452	5 585	5 648	5 587	5 526	5 564
Spareinlagen	Mill. EUR	31 086	30 146	30 326	29 951	29 627	30 679	30 372	29 696
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	71 840	73 842	71 923	72 846	73 688	76 910	76 549	77 115
davon von									
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	68 435	71 627	69 790	70 508	71 504	74 704	74 476	74 968
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	3 405	2 215	2 133	2 338	2 184	2 206	2 073	2 147
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 779	3 258	3 012	3 398	3 289	3 332	2 594	2 637
STEUERN		2000	2001				2002		
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 248	2 176	2 449	1 761	2 323	2 049	2 172	2 183
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	830	770	834	441	874	661	894	753
Lohnsteuer	Mill. EUR	622	609	425	438	820	838	445	802
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	119	-	-	382	352	-	347
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	32	20	263	6	- 36	- 39	267	- 40
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	71	36	19	24	17	14	8
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	33	11	14	50	- 12	9	29
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	11	12	-	-	34	- 23	-	16
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	104	38	99	- 36	16	- 143	160	- 15
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	7	1	-	-	44	- 159	-	- 15
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 418	1 406	1 615	1 320	1 448	1 388	1 277	1 364
Umsatzsteuer	Mill. EUR	381	368	385	386	382	383	382	375
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 037	1 038	1 229	934	1 066	1 006	895	989
Zölle	Mill. EUR	107	104	115	96	106	98	95	102
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	139	138	118	129	107	89
darunter									
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	97	95	89	101	102	97	55	73
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	37	35	44	32	9	24	45	21

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	73	73	65	80	73	74	70
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	1	2	2	- 1	1	1	2	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	12	10	10	8	10	11	10	6
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	7	7	7	7	18	16	18	14
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	37	34	38	32	31	30	32	28
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	11	12	13	15	15	8	10	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	3	0	0	0	3	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	4	3	4	3	3	4	4	3	3
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	426	373	319	376	432	366	341	364	395
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	4	4	5	5	4	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	90	92	91	94	102	83	88	102	104
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	294	238	193	234	287	238	218	234	274
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	30	30	23	33	30	35	23	12	3
(Gemeindeanteil)										
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	7	11	8	6	7	11	8
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	642	583	430	587	630	683	485	553	595
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	228	177	155	190	228	135	191	170	225
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	253	241	132	227	227	379	155	227	220
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	29	17	27	30	42	17	27	30
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	605	573	581	452	612	522	664	451	566
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	73	73	65	80	73	74	70
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	312	281	314	137	326	210	343	131	266
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	214	136	141	303	306	140	140	291
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	8	112	2	- 15	- 16	113	- 17	- 19
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	30	15	8	9	0	5	9	2
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	14	5	6	22	- 5	4	6	13
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	49	15	48	- 20	7	- 74	81	- 7	- 21
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	209	203	194	195	216	228	249	202	218
Umsatzsteuer	Mill. EUR	146	137	133	147	146	151	186	148	150
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	63	65	61	48	70	78	63	54	68
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	5	0	17	2	1	-	18	5
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	6	1	0	-	4	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	7	0	20	2	1	-	18	5
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	1	0	4	0	0	-	4	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 239	1 560	1 697	1 451	1 732	1 596	1 564	1 468	1 641
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	139	138	118	129	107	101	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	364	336	365	186	375	271	393	183	318
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	729	1 082	1 193	1 110	1 237	1 194	1 064	1 166	1 229
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	5	0	17	2	1	-	18	5

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

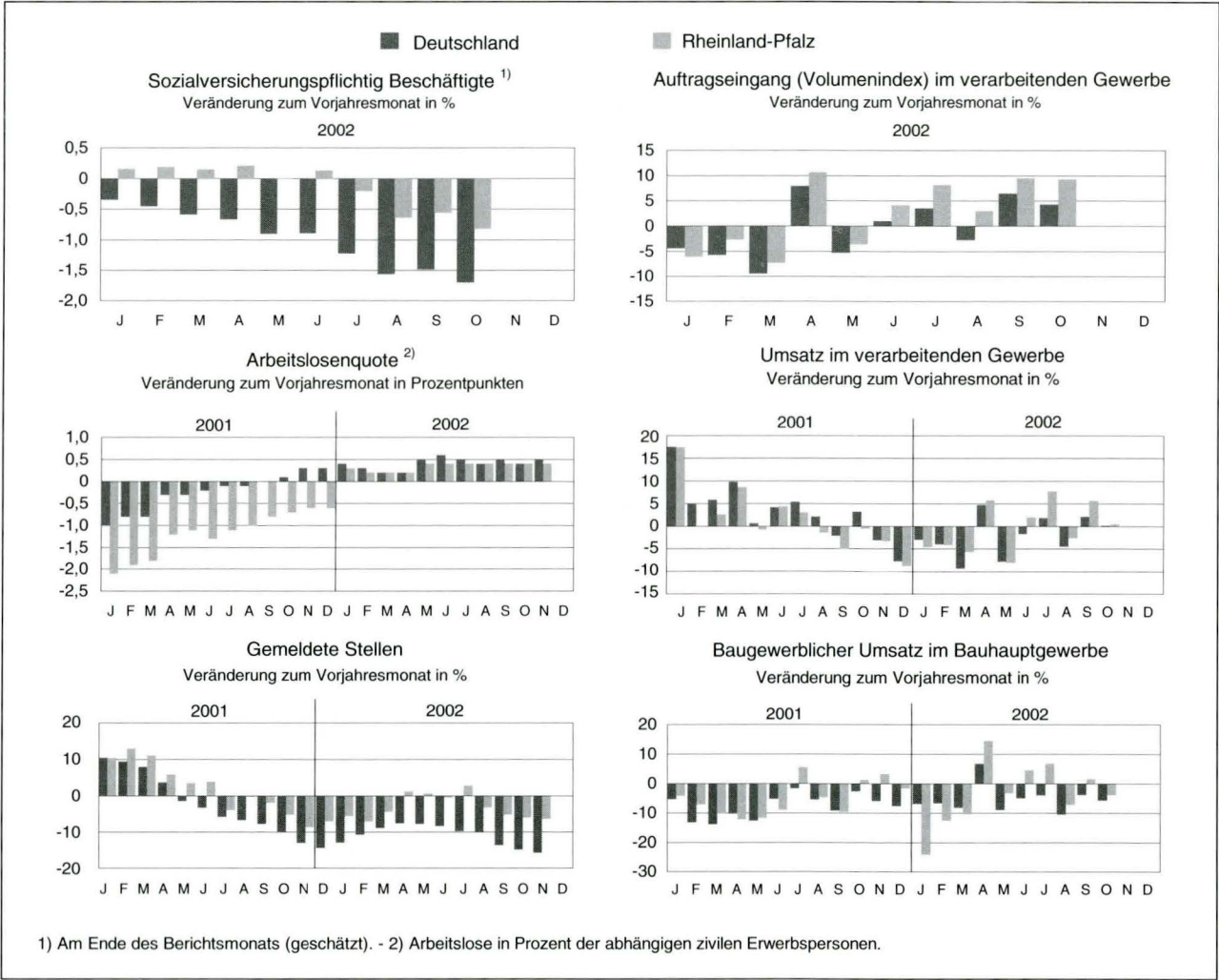
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Sept. 02	Veränderung in % zum		Okt. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^D am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	27 789	0,8	-1,5	27 704	-0,3	-1,7
	RLP	1 000	1 208	0,3	-0,6	1 205	-0,2	-0,8
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	7 162	0,4	-2,7	7 130	-0,5	-2,9
	RLP	1 000	339	-0,0	-2,2	336	-0,7	-2,4
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	17 994	0,9	-0,2	17 965	-0,2	-0,4
	RLP	1 000	754	0,4	0,7	755	0,1	0,5
Arbeitsmarkt ¹⁾			Okt. 02	Veränderung in % ^{*)} zum		Nov. 02	Veränderung in % ^{*)} zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	3 929 754	-0,3	5,5	4 025 842	2,4	6,3
	RLP	Anzahl	138 421	0,2	6,3	143 136	3,4	6,8
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	9,4	-0,1	0,4	9,7	0,3	0,5
	RLP	%	6,9	0,0	0,4	7,1	0,2	0,4
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	10,5	0,0	0,5	10,7	0,2	0,6
	RLP	%	7,7	0,1	0,4	7,9	0,2	0,4
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	9,0	-0,9	0,4	9,1	0,1	0,5
	RLP	%	7,1	-0,5	0,4	7,3	0,2	0,4
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	377 637	-10,1	-14,7	343 903	-8,9	-15,6
	RLP	Anzahl	23 248	-23,1	-5,9	21 885	-5,9	-6,2
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)			Sept. 02	Veränderung in % zum		Okt. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	14 474	-6,2	-8,1	14 810	2,3	-12,4
	RLP	Anzahl	917	23,8	13,1	888	-3,2	-0,7
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	20 409	-6,1	-7,4	20 449	0,2	-15,5
	RLP	Anzahl	1 222	27,8	15,4	1 029	-15,8	-10,1
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 215	-0,1	-3,3	6 187	-0,5	-3,3
	RLP	1 000	297	-0,1	-1,8	296	-0,5	-1,9
Geleistete Arbeiterstunden	D	1 000	496 519	7,1	-2,7	516 800	4,1	-4,6
	RLP	1 000	24 495	3,6	-1,5	25 374	3,6	-3,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	117 417	13,4	2,1	117 572	0,1	0,2
	RLP	Mill. EUR	5 339	7,6	5,6	5 389	0,9	0,5
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100	124,7	9,9	6,4	126,9	1,8	4,3
	RLP	1995=100	109,8	6,8	9,5	117,7	7,1	9,3
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	893	-0,2	-7,8	884	-1,0	-7,8
	RLP	1 000	43	-1,2	-5,2	42	-0,7	-5,4
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	97 597	9,4	-4,7	98 675	1,1	-10,9
	RLP	1 000	4 703	4,5	-3,6	4 680	-0,5	-10,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	7 895	3,7	-3,7	8 295	5,1	-5,5
	RLP	Mill. EUR	378	2,4	1,6	392	3,7	-3,7
Handel und Gastgewerbe ^{p)}								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	98,4	0,2	-1,9	98,3	-0,1	-2,5
	RLP	2000=100	102,0	0,2	-0,2	102,3	0,3	-0,4
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	96,3	0,0	-1,1	103,9	7,9	-0,5
	RLP	2000=100	97,2	-2,1	-2,2	103,5	6,5	1,4

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Sept. 02	Veränderung in % zum		Okt. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
	D	2000=100	95,1	0,2	-2,8	95,1	0,0	-2,4
	RLP	2000=100	95,1	0,3	-4,4	95,0	-0,1	-3,0
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	96,9	2,4	0,2	101,6	4,9	-2,1
	RLP	2000=100	100,5	5,1	-3,2	106,8	6,3	-4,3
Gastgewerbe								
	D	2000=100	100,9	-0,5	-3,4	99,7	-1,2	-3,2
	RLP	2000=100	104,7	0,8	-1,2	104,6	-0,1	-0,4
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	105,9	1,1	-3,0	99,5	-6,0	-7,9
	RLP	2000=100	115,5	3,8	-0,3	108,9	-5,7	-4,5
Preise								
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	D	1995=100	111,1	0,0	1,3	110,7	-0,4	1,1
	RLP	1995=100	110,8	-0,1	1,3	110,3	-0,5	1,0
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Gewerbeanmeldungen	D	Anzahl	56 832	-4,2	-4,9
	RLP	Anzahl	3 001	-4,9	-3,7	2 945	-1,9	2,7
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl	47 858	-7,1	-5,2
	RLP	Anzahl	2 349	-8,6	-2,8	2 320	-1,2	2,3
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	3 310	0,2	25,0	3 233	-2,3	26,8
	RLP	Anzahl	142	21,4	30,3	116	-18,3	6,4



1) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). - 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Neuerscheinungen im Dezember

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2001
BestellNr.: A1033 200122

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2002
– Endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
BestellNr.: C1023 200200

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. Mai 2002
– Endgültiges Ergebnis der Viehzählung
BestellNr.: C3023 200200

Weinbestände am 31. Juli 2002
BestellNr.: C4023 200200

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2002
BestellNr.: C4033 200201

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im September 2002
(Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
BestellNr.: E2023 200209

Stromabsatz und Erlöse 2001
BestellNr.: E4053 200100

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2002
BestellNr.: F2033 200210

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im September 2002
BestellNr.: G4023 200209

Umwelt

Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen 1999
BestellNr.: Q4023 199901

Sonstige Veröffentlichungen

Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen
I. Bevölkerungsentwicklung und –struktur
BestellNr.: A1016 200201

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD-ROM Hochschulstatistische Kennzahlen
– Teil A: Monetäre Kennzahlen 1999/2000
BestellNr.: B3015 200000

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – Krankenhausverzeichnis – (Ausgabe 2002)
BestellNr.: A4015 200201
(Auch auf CD-ROM erhältlich – BestellNr.: A4015 200201C)

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Pflegebedürftige: binnen zwei Jahren Zunahme um 7%

Ende 2001 wurden mehr als 45 700 Personen nach dem Pflegeversicherungsgesetz ambulant oder stationär versorgt. Damit ist die Zahl der Pflegebedürftigen gegenüber der ersten Erhebung im Jahr 1999 um 2 800 oder knapp 7% gestiegen.

Im stationären Bereich wurden in 395 Pflegeheimen rund 27 400 Pflegebedürftige versorgt (1999: 25 300). Knapp 20% gehörten der höchsten Pflegestufe an, gut 43% waren in Pflegestufe II und rund ein Drittel in Stufe I. Noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren gut 3% der Pflegebedürftigen.

Die stationären Einrichtungen beschäftigten knapp 23 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gut 6% mehr als 1999. Fast 48% waren teilzeitbeschäftigt.

Rund 18 300 Pflegebedürftige wurden zu Hause betreut. 45% der Leistungsempfänger waren der Pflegestufe I, 40% der Pflegestufe II, 15% der Pflegestufe III zugeordnet. Den Angehörigen standen 380 ambulante Pflegedienste zur Seite, die insgesamt 7 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten. Hier hat es gegenüber dem Jahr 1999 keine Veränderung gegeben. Fast zwei Drittel des Personals der Pflegedienste waren Teilzeitkräfte.

65% aller in Heimen oder von Pflegediensten betreuten Personen waren 75 Jahre und älter, gut 28% zwischen 65 und 75 Jahre alt. Über 6% der pflegebedürftigen Personen waren jünger als 65 Jahre, darunter waren 116 Kinder unter 15 Jahren.

Starke Zunahme der Insolvenzen durch Rechtsänderung

Von Januar bis September 2002 entschieden die rheinland-pfälzischen Gerichte über insgesamt 3 015 Insolvenzanträge. Das waren 1 397 oder gut 86% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Dieser starke Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Änderung des Insolvenzrechts zurückzuführen: Um auch mittellosen Schuldner ein Insolvenzverfahren zu ermöglichen, besteht seit Dezember 2001 bei natürlichen Personen die Möglichkeit, die Verfahrenskosten zu stunden. Zudem wurde die Dauer der "Wohlverhaltensphase" von sieben auf sechs Jahre verringert. Diese Erleichterung gilt für Verbraucher, aber auch für ehemals selbständig Tätige sowie für Kleinunternehmen. Durch diese Reform des Insolvenzrechts ist ein Vergleich der aktuellen Zahlen mit den Vorjahreswerten beeinträchtigt. Lediglich die Zahlen für den Bereich der Kapital- und Personengesellschaften können mit denen des Vorjahres verglichen werden.

Die Zahl der von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit betroffenen Unternehmen (einschließlich Kleingewerbe) stieg in den ersten drei Quartalen 2002 um knapp 22% auf 1 153. Für die Personen- und Kapitalgesellschaften ergab sich ein Anstieg von knapp 20%. Besonders zahlreich waren die Insolvenzanträge in den Bereichen Baugewerbe (319), Handel (233) sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (211). Im verarbeitenden Gewerbe waren 142 Unternehmen betroffen. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und im Gastgewerbe wurden 92 bzw. 81 Verfahren registriert.

Aufgrund der Gesetzesänderung nahm vor allem die Zahl der übrigen Schuldner sehr stark zu; sie stieg auf insgesamt 1 862 Fälle gegenüber 672 im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei nutzten 891 Privatpersonen die Möglichkeit der Entschuldung durch ein Verbraucherinsolvenzverfahren. 279 Verfahren wurden von natürlichen Personen (beispielsweise persönlich haftende Gesellschafter insolventer Personengesellschaften) beantragt, 109 Verfahren betrafen Nachlässe. Die größten Auswirkungen der Rechtsänderung zeigten sich bei den ehemals selbständigen Personen, die je nach Überschaubarkeit ihrer Vermögensverhältnisse ein Regel- oder Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen. Insgesamt wurden hier 583 Verfahren registriert.

Die ermittelten offenen Forderungen lagen mit 1,24 Mrd. Euro gut doppelt so hoch wie im Vorjahreszeitraum. Der Großteil der Gläubigeransprüche (rund 75%) wurde gegenüber Unternehmen geltend gemacht.

Knapp drei Viertel der Verfahren konnten eröffnet werden; 661 Anträge wurden mangels Masse abgelehnt, in 97 Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Der hohe Anteil eröffneter Verfahren ist auf die Möglichkeit der Stundung der Gerichtskosten zurückzuführen: Während im Vorjahreszeitraum noch rund jeder sechste Verbraucherantrag nicht zum Verfahren zugelassen werden konnte, lag die Ablehnungsquote in den ersten drei Quartalen 2002 lediglich bei knapp 3%.

Die Gäste blieben nicht so lange wie im Vorjahr

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe konnten im Zeitraum von Januar bis Oktober 2002 mehr als 6 Mill. Gäste begrüßen. Damit wurde das gute Ergebnis des Vorjahreszeitraums nur knapp verfehlt. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 3,1 Tagen (Januar bis Oktober 2001: 3,2 Tage) konnten die Beherbergungsbetriebe 18,8 Mill. Übernachtungen verbuchen. Das waren 2,8% weniger als in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001.

Die Preisentwicklung im Dezember

Im Dezember ist der Preisindex für die Lebenshaltung in Rheinland-Pfalz gegenüber dem vorigen Jahr (Dezember 2001) im Durchschnitt um 1,1% gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat (November 2002) stiegen die Preise im Durchschnitt um 0,2%. Seit dem Basisjahr 1995 hat sich die Gesamtlebenshaltung durchschnittlich um 10,5% verteuert.

Betrachtet man die Preisindizes für ganze Güter- und Dienstleistungsgruppen, so ergeben sich im Vergleich zum Dezember vorigen Jahres die höchsten Preissteigerungen mit 3,6% im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, mit 3,5% bei Verkehr sowie mit 3,3% bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren. Verbilligt haben sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-1,1%) sowie Bekleidung und Schuhe (-1,3%). Die Preise für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sind insgesamt moderat um 0,6% gestiegen; einzelne Produkte der Unterhaltungselektronik waren jedoch durchaus billiger im Vergleich zum Vorjahr: Die Preise für Fernseh- und Videogeräte lagen im Dezember um 4,8% unter denen des Vorjahresmonats, Foto- und Filmausrüstungen waren im Durchschnitt um 4,6% billiger, Computer sogar um fast 20%. Spiele, Spielzeug und Hobbywaren waren vor Weihnachten um 1,1% teurer als im Dezember 2001.

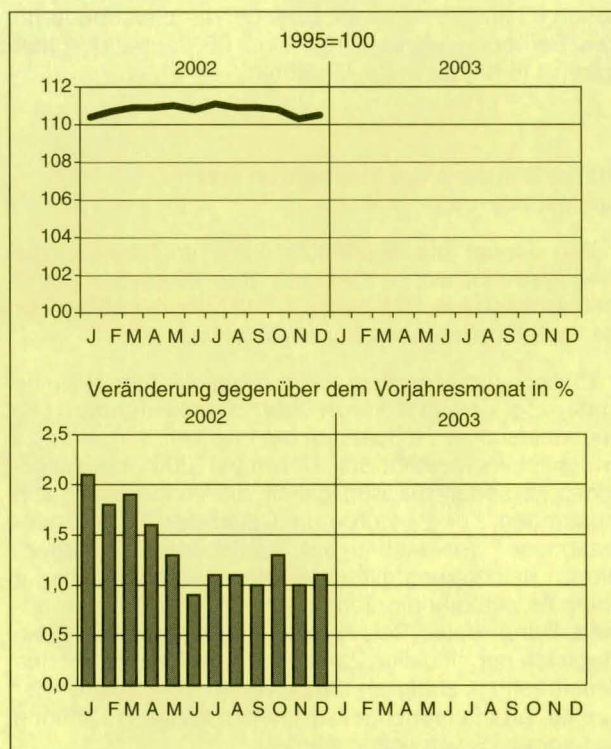
Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppen bzw. Lebenshaltung insgesamt	Dezember 2002	Veränderung gegenüber	
		November 2002	Dezember 2001
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,9	0,4	-1,1
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	113,7	-0,1	3,3
Bekleidung und Schuhe	102,7	-1,0	-1,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a.	113,8	0,4	1,2
Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	102,8	-	-
Gesundheitspflege	112,8	0,4	-
Verkehr	119,9	0,2	3,5
Nachrichtenübermittlung	82,3	-0,1	0,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	106,7	0,6	0,6
Bildungswesen	126,9	-	1,1
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	110,5	0,3	3,6
Andere Waren und Dienstleistungen	112,4	-	2,1
Gesamtlebenshaltung			
Preisindex für die Lebenshaltung	110,5	+ 0,2	+ 1,1

Der Preisindex der Lebenshaltung - Hintergrund

- Ermittelt werden die Preise jeweils in der Mitte des Monats. 17 Preisbeobachter notieren in 1 800 Geschäften, Restaurants und Betrieben in Rheinland-Pfalz die Preise für 750 Waren und Dienstleistungen. Daraus ergeben sich rund 16 000 Einzelpreise.
- Großstädte werden in die Preisbeobachtung ebenso einbezogen wie Gemeinden in ländlichen Regionen. In Rheinland-Pfalz sind die Beobachter in folgenden Orten aktiv: Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Pirmasens, Landau, Idar-Oberstein, Alzey, Diez und Bad Neuenahr-Ahrweiler.
- Die Preisveränderungen der einzelnen Konsumgüter werden gemäß dem Ausgabenanteil, der diesen Gütern und Dienstleistungen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Die Daten über Höhe und Struktur der privaten Ausgaben werden aus der monatlichen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen und der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gewonnen.
- Der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, für die private Haushalte Geld ausgeben. Er wird daher auch zur Messung der allgemeinen Geldentwertung verwendet.

Preisindex für die Lebenshaltung in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis Dezember 2002



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,– zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.